

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nummern 30 Pf. Druckpreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingeladene 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 282

Sonntag, 4. Dezember

1921

Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Müdelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

Niederlassungen:
Dresden
Augustusstraße, Ständehaus
Fernspr. 17968, 21904, 23773
Depositenkasse am Hauptbahnhof
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 20397
Leipzig
Grimmstraße Steinweg
Zwickau
Hauptmarkt

Zur Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Zur Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und der interalliierten Militärkontrollkommission schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“: Vor einigen Wochen sei der britische Botschafter in Paris von neuem mit den Londoner Ansichten über diese beiden Fragen bekannt gemacht worden. Es sei daher möglich, obgleich in London nichts davon bekannt sei, daß Lord Hardinge die Ansicht habe, diese Fragen, wenn sie von irgend-einer anderen Partei aufgeworfen würden, auf der Botschafterkonferenz zur Sprache zu bringen. Die britische Regierung hat sich bei der Annahme des Londoner Ultimatums durch Deutschland ganz offen und wiederholt zugunsten der Aufhebung der militärischen Sanktionen ausgesprochen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschloß sich gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe. § 1 des Gesetzes wurde wie folgt abgeändert: Zur Beschaffung von Mitteln in fremder Währung zur Erfüllung der dem Reich kraft des Friedensvertrages und der diesem folgenden Abkommen obliegenden Zahlungsverpflichtungen soll eine Anleihe aufgenommen werden. Ausgabe der Kreditvereinigung ist es, entweder die Anleihe selbst aufzunehmen, oder falls die Aufnahme von dritter Seite mit Zustimmung der Regierung erfolgt, die Erfüllung zu gewährleisten. Die Grundlage für die Gewährleistung sollen die Betriebsvermögen der Gewerbe, die Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft und die zur Vermietung dienenden Gebäude der Mitglieder der Vereinigung bilden. § 2 erhielt folgende Fassung: Mit der jeweiligen Zahlung der Amortisations- und Zinstaten der in § 1 bezeichneten Anleihe entfällt für die Vereinigung ein Forderungspruch gegen das Reich. Die Erfüllung geschieht in Berechnung von in Kraft ausgegebenen Anleiheausgaben mit den finanziellen Ansprüchen des Reiches gegen die Mitglieder der Vereinigung. Ferner wurde folgende Entschlüsselung gefügt: Der Reparationsausschuß erwartet, daß der endgültige Gesetzentwurf betreffend die Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe vor der Zulassung an den Reichsrat dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen wird.

Um die Deutschen Werke.

Die Kommissionsmitglieder der Arbeitslosenjury von Genf beschloßen gestern unter Führung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Wülfel die Krupp'sche Gußstahlfabrik in Essen. Die Kommissionsmitglieder fanden Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die zur Erzeugung von Kriegsgeschützen vorhandenen Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Einrichtungen zerstört oder umgearbeitet worden sind. Die zerstörten Einrichtungen und Maschinen stellen im Gewicht 27 000 Tonnen dar, deren Wert, wenn sie heute wieder hergestellt werden sollten, 800 Mill. M. betragen würden.

Die neuen Beamten- und Angestelltenforderungen.

Zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsrat ist eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen erzielt worden. Die drei großen Körperschaften werden der Regierung gemeinsam neue Forderungen in Berechnung der Höhe unterbreiten.

Um das Moratorium.

Die Frage des Deutschland zu gewährenden Moratoriums beschäftigt die Öffentlichkeit in Frankreich und England erlöcherweise aufs lebhafteste. Während man in London die Angelegenheit vom Standpunkte der Befürwortung betrachtet, sucht man in Paris alle denkbaren Gegenargumente heraus. Nicht zuletzt beschäftigen sich die französischen Kreise mit der Frage, ob ein solches Moratorium dem Pariser Friedensvertrag entspricht, wer es zu beantragen habe, und unter welchen Bedingungen es zu bewilligen sei.

Soweit der Pariser Friedensvertrag in Frage kommt, ist an dem Recht, ja an der Verpflichtung, Deutschland unter gewissen Umständen einen Zahlungsausschuß zu bewilligen, nicht zu zweifeln. Es bedarf dazu, wie Lautier dieser Tage im „Journal Libre“ ausgeführt hat — wir gaben die diesbezüglichen Äußerungen dieses Politikers in unserer gestrigen Übersicht an dieser Stelle wieder — nicht einmal der Zustimmung im Rat der Entente-mächte. Selbst also, wenn Frankreich seine Zustimmung verweigern wollte, würde auf Wunsch der anderen Mächte einem entsprechenden Verlangen Deutschlands Rechnung getragen werden können. § 13, Anlage 2, Teil 7 des Vertrags stellt die Fälle fest, in denen eine Einmütigkeit in der Reparationskommission unumgänglich ist, und unter diesen Umständen wird auch der „wollige oder teilweise Ausschub der Zahlungen“ zwischen dem 1. Mai 1921 und 1926 einschließlich fällig werdenden Zahlungen über das Jahr 1930 hinaus“ genannt. Also nur bei einem derartigen langfristigen Zahlungsausschuß würde Stimmenmehrheit erforderlich sein, dagegen könnte ein kürzeres Moratorium von dem Zustandekommen einer großen Stimmenmehrheit abhängig gemacht werden.

Auch der englische Vertreter in der Reparationskommission Sir John Bradbury hat dem Mitarbeiter eines Pariser Blattes erklärt, daß an der Berechnung der Kommission, gewisse Fristen allein durch Mehrheitsbeschluß zu gewähren, nicht gezwungen werden könne. Nur eine ausgedehntere Frist müsse durch einstimmigen Beschluß bewilligt werden. Allerdings ist Bradbury der Ansicht, daß ein bloßer Mehrheitsbeschluß nicht nur für die Verbündeten, sondern auch für die ganze Welt schädlich wäre, und daß von englischer Seite alles getan werden müsse, um diese Möglichkeit zu vermeiden. So richtig dies auch scheinen mag, so wird man auf der anderen Seite doch nicht übersehen dürfen, daß Frankreich sich zu Zugeständnissen in dieser Sache nur unter sehr schweren Bedingungen verstehen wird, die unter Umständen den ganzen Plan zum Scheitern zu bringen vermöchten.

Einstimmig ist von deutscher Seite ein Antrag auf Gewährung eines Moratoriums wohl noch nicht ergangen. Andererseits haben englische Regierungsvertreter zu verstehen gegeben, daß die Initiative dazu von deutscher Seite ausgehen müßte, nachdem die deutsche Regierung offiziell zu erkennen gegeben habe, daß sie nur zahlen könne, wenn sie Kredit im Ausland fände. Falls sich die Hoffnung auf diesen Kredit nicht erfüllen werde, die deutsche Regierung einen Ausschub der Zahlungen zu erhalten versuchen. Wie es scheint, ist man in England aber auch dann, falls die Kredite unter gewissen Bedingungen bewilligt würden, bereit, und trotzdem ein Moratorium zu gewähren.

„Daily Mail“ zufolge verläutet, daß die Minister im Finanzausschuß des englischen Kabinetts einem Moratorium für die deutschen Schulden grundsätzlich zustimmen und zu der Ansicht gelangten, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredits und der deutschen Finanzen kein anderer Weg möglich sei. Man glaube, daß die französische Regierung dem britischen Vorschlag zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Interessen ge-

währleistet würden. „Daily Telegraph“ weist auf den verhältnismäßig Ton des vorerwähnten Leitartikels des „Temps“ hin. Auch „Morning Post“ stellt ein Abwägen der französischen Erregung fest. Der Pariser Berichterstatter des Blattes sieht darin Anzeichen dafür, daß der britische Plan vielleicht bald eine günstigere Aufnahme in Frankreich finden werde, als man erwartet hatte. Sir Edward Maday-Edgar, Mitinhaber der Londoner Bankfirma Sterling & Co., erklärte Pressevertretern in einer Unterredung, die Meinung, daß die englische Regierung endlich das gesamte Problem der deutschen Reparationen neu erwäge, die beste Kunde seit dem Waffenstillstand. Wenn Deutschland nicht eine große Zeitspanne gewährt würde, so würde es entweder im Januar oder Februar n. J. seine Zahlungen einstellen müssen. Das Ergebnis wäre ein Zusammenbruch der Banken und des Finanzsystems in ganz Mitteleuropa. Das britische Interesse fordere gebieterisch, daß man Deutschland zur Zahlungstätigkeit und Steuereinnahme verhalte, daß die deutsche Kaufkraft wiederhergestellt werde. Das Wiesbadener Abkommen müsse sofort ratifiziert, und alle weiteren Reparationszahlungen müßten um wenigstens drei Jahre verschoben werden.

Zu dem Interview, das der „Intransigent“ mit Sir John Bradbury hatte, schreibt der „Morning Post“, die Diskussion scheint sich darum zu drehen, ob man Deutschland eine Anleihe oder ein Moratorium bewilligen solle. Die Ansichten auf eine langfristige Anleihe in genügender Höhe, um die Zahlung mehrerer Jahrzehnte zu sichern, sind nach dem „Morning Post“ nicht groß, da die City nur zwischen 30 und 40 Millionen Pfund Sterling auf kurze Frist anbiete und auch diese nur unter sehr schweren Bedingungen. Ein Moratorium ohne neue Sicherheit und Kompensationen werde in der Wiedergutmachungskommission kaum eine Mehrheit finden. Bei der Unmöglichkeit, die Frage aus eigenen Kräften zu lösen, dürfe sich die Wiedergutmachungskommission an die verbündeten Regierungen wenden. Diesen Augenblick, so führt das Blatt weiter aus, würde Lloyd George wohl wählen, um mit seinem Wiedergutmachungsplan entweder in London oder in Washington hervorzutreten. Die französische Regierung scheint aber nicht geneigt, ihm auf diesem Wege zu folgen. Sie habe selbst ein Finanzprogramm ausgearbeitet, das den durch den Sturz der Mark geschaffenen Schwierigkeiten Rechnung trage. Briand werde unmittelbar nach seiner Ankunft in La Hague — das ist inzwischen nach Meldungen der Agence Havas schon geschehen — mit Loucheur konferieren, und die übrigen verbündeten Regierungen würden sofort von diesem Plane in Kenntnis gesetzt werden.

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung mit Sir John Bradbury, der die dem „Intransigent“ gemachten Ausführungen bekräftigt. Das Blatt fügt hinzu, es glaube versichern zu können, daß Bradbury weniger als Mitglied der Wiedergutmachungskommission, dem als Vertreter der englischen Regierung offiziell seine Kollegen bei der Wiedergutmachungskommission über die Aufnahme befragt habe, die sie einem möglichen Wunsch Deutschlands auf ein Moratorium beizustimmen würde. Andererseits glaubt das Blatt, daß die französische Regierung ihre Entscheidung hierüber noch nicht festgelegt habe, sondern daß sie im Augenblick mit ihrem Vertreter in der Wiedergutmachungskommission darüber berate, ob es besser sei, bei einer Entscheidung in der Wiedergutmachungskommission zu bleiben und alle Folgen auf sich zu nehmen, oder dazu zu helfen, daß die von Bradbury gewünschte Einmütigkeit herbeigeführt werde.

Vertinax endlich glaubt, mitteilen zu können, daß sich in Amerika niemand für die Reparationsfrage interessiere, weil man bei der Be-

Zur Arbeitsmarktlage in Sachsen.

Von Regierungsrat Lütlich, Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

Seit Monaten lauten die Arbeitsmarktberichte günstig. Woche für Woche kann festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitslosen abnimmt, daß immer mehr Arbeitsplätze besetzt werden, daß in einzelnen Berufsgruppen bereits Mangel an Arbeitern, besonders Facharbeitern, eingetreten ist, daß die Gesuche um Genehmigung von Überstundenarbeit zunehmen und daß das Bestreben, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, ständig wächst. Gleichsam als Beginn einer besseren Zeit verkündet die Tagespresse, daß es in einigen sächsischen Gemeinden keine Arbeitslosen mehr gibt.

Zusätzlich erscheint die sprunghafte Besserung der Arbeitsmarktlage als der einzige Lichtblick in der sonst so trübseligen Zeit. Der nur zu begreifliche Frang, aus jeder auch nur scheinbaren Besserung unseres Wirtschaftslebens neue Hoffnung zu ziehen, läßt aber zu leicht den Blick gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen, läßt vielfach nur die Schattenseiten wahrnehmen. Wie auf der Jagd nach dem Glück beachtet mancher nicht den gähnenden Abgrund, der sich trotz Besserungsbildung des Arbeitsmarktes nach wie vor auftut.

Zunächst darf nicht übersehen werden, daß Anfang November in Sachsen immer noch 17 170 männliche und 10 321 weibliche, zusammen also 27 491 Arbeitsuchende, aber nur 7161 offene Stellen vorhanden waren. Es kommen demnach auf 100 Arbeitsuchende nur 26,4 offene Stellen oder auf 100 offene Stellen 383 (im Reich 330) Arbeitsuchende. Unter diesen Arbeitsuchenden befinden sich noch 9354, die länger als sechs Monate erwerbslos sind, hiervon allerdings 1954 Erwerbsbeschränkte. Mit diesen für die Beurteilung der Lage gewiß nicht unerheblichen Tatsachen konnte man sich unter Umständen dann abfinden, wenn die Gewissheit vorhanden wäre, daß die Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes im gleichen Tempo anhielte und auf einer natürlichen, wirtschaftlich gesunden Grundlage beruhte. Aber schon macht sich eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Zunächst freilich in der Hauptsache nur in der Landwirtschaft und in den von Witterungsverhältnissen abhängigen Gewerben. Bis Ende Oktober waren in Sachsen in die sächsische Landwirtschaft 5489 gelehrte und angelehrte Landarbeiter und 1283 Industriearbeiter und in die außersächsische Landwirtschaft 1492 gelehrte und angelehrte Landarbeiter und 4100 Industriearbeiter vermittelt worden. Ein großer Teil von ihnen kehrt jetzt zurück und erhöht zunächst die Zahl der Arbeitslosen. Es sind Vorkehrungen getroffen, um aus diesen Reihen der sächsischen Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zu sichern, vorausgesetzt, daß es gelingt, die sächsischen Landwirte für Einrichtungen, wie sie in der außersächsischen Landwirtschaft bestehen, insbesondere für Präsozialmaßnahmen zu interessieren. Es ist doch eine äußerst aufwändige Entscheidung, daß ein Teil der soeben aus Ostpreußen zurückgeführten sächsischen Arbeitskräfte schon jetzt wieder den Wunsch geäußert hat, in ihre ostpreussischen Arbeitsstellen zurückzukehren. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, vor allem aber im Interesse der sächsischen Landwirtschaft, die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen.

Bedenklicher sind die Anzeichen über ein Nachlassen des Geschäftsganges in einzelnen Industrie- und Gewerbebezirken — im September waren in Sachsen 25 Betriebsstilllegungen zu verzeichnen, wovon 6826 Arbeiter und 969 Angehörige betroffen sind —, ebenso wie über eine teilweise verminderte Kaufkraftfähigkeit von Arbeitskräften. Ein bestimmter Urteil ist aber in dieser Beziehung noch nicht möglich.

(Fortsetzung Seite 2.)

Nur das Moratorium.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Im allgemeinen ist die Arbeitsmarktlage und die Unterbringung von Arbeitssuchenden immer noch günstig, aber nicht etwa, weil sich das deutsche Wirtschaftswesen in einer wirklich planmäßigen und hoffnungsvollen Aufwärtsbewegung befindet, sondern weil verschiedene zum Teil ungewöhnliche, zum Teil ungeliebte Zustände zusammenwirken. In einzelnen Industriezweigen wird in rasender Eile produziert, nicht ohnehalten zur Deckung des eigentlichen Bedarfs der deutschen Bevölkerung, sondern vielmehr für reichsweitene Leute und für Ausländer, die Deutschland auslaufen. Und die Produktion erfolgt teilweise unter übermäßiger Anspannung von Arbeitskräften, während zu gleicher Zeit andere, zehntausende Arbeiter immer noch ohne Erwerb und genügenden Unterhalt sind.

Das Überstundenwesen hat Umfang und Formen angenommen, welche die ernsteste Beachtung erfordern. Dazu kommt die andauernde Parteigeranziehung ausländischer Arbeiter. Angesichts der immer noch großen Arbeitslosigkeit wird es von den sächsischen Erwerbslosen als eine unverhätliche Härte empfunden, wenn man sie viele Wochen und Monate lang von jeder Erwerbsmöglichkeit ausschließt, für die in Arbeit stehenden aber die Arbeitszeit verlängert und die effizienten Arbeitsstellen mit Ausländern besetzt.

Als Grund für die Leistung von Überstunden und für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte wird angegeben, daß es an Facharbeitern fehle und daß die sächsische Industrie auch schon vor dem Kriege auf die Beschäftigung von Ausländern angewiesen war. Das ist an sich richtig, beweist aber nicht, daß unter völlig veränderten Verhältnissen nicht ganz andere Wege eingeschlagen werden könnten. Der Krieg hat die besten Arbeitskräfte hinweggerafft, für geeigneten beruflichen Nachwuchs ist seit Jahren überhaupt nicht oder nicht genügend gesorgt worden. Bestimmte Facharbeiten lassen sich natürlich nicht zurückstellen, bis vielleicht nach Jahren die hierfür nötigen Arbeitskräfte herangebildet worden sind, um so weniger, als während dieser Zeit auch gewisse Hilfskräfte brach liegen müßten. Man wird deshalb in Ausnahmefällen die Notwendigkeit, vorübergehend Überstunden zu leisten oder ausländische Facharbeiter zu beschäftigen, nicht ohne weiteres bestreiten können. Aber das können, wie gesagt, nur Ausnahmefälle sein. Was aber heute alles als Facharbeit angesehen wird, ist nicht immer das, was es nicht auch von noch vorhandenen deutschen Erwerbslosen verrichtet werden könnte. Häufig genug kann man das Gefühl nicht unterdrücken, daß bei den gegenwärtigen Produktions- und Beschäftigungsverhältnissen viel zu wenig Rücksicht auf die Eigenart der Lage und auf die Not des eigenen Volkes genommen wird.

Während man mit gewisser Befriedigung auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit blickt, wünscht man, daß es in einigen Großstädten noch viel zu viel Arbeitslose gibt, darunter nicht wenige, die seit Monaten erfolglos die größten Anstrengungen machen, um beschäftigt zu werden. Unter den sächsischen Großstädten steht Plauen oben an. Hier kamen am 4. November auf 100 offene Stellen noch 1012 Arbeitsuchende, in Dresden 617, in Leipzig 285 und in Chemnitz 193. In einzelnen Berufsgruppen ist es längst zur Gewohnheit geworden, daß man nur nach jüngeren Arbeitskräften sucht. Die älteren Arbeitskräfte sind zwar erfahrener, dafür aber in der Regel etwas teurer. Was soll aber aus diesen Leuten werden? Was soll ferner mit denjenigen werden, deren Beruf so herunter ist, daß gar nicht an

Speicherung dieser Angelegenheit unbedingt auf die Rückzahlung der ältesten Schulden setzen würde. Amerika wolle aber eine solche Bepfändung aus innerpolitischen Ursachen vermeiden. Aus diesen Gründen sei es auch dem Staatssekretäre Bergmann nicht gelungen, irgendwelche Erfolge davonzutragen. Er habe ein ganzes System für die Stabilisierung der Mark und die Bepfändung der deutschen Reparationssummen ausgearbeitet durch Schaffung eines amerikanischen Bankkonkordats, das dem Kurs der Mark in der Zeit unterliegen würde, in der die deutsche Regierung Maßnahmen ergreifen würde, um die Spekulation zu überwinden. Ferner habe Bergmann in Amerika für die Gewährung einer Anleihe von 6-7 Milliarden Goldmark gearbeitet, welche jene Deutschen aufnehmen sollten, die ihr Kapital ins Ausland abwandern ließen. Ferner habe er darauf hingearbeitet, daß eine Bepfändung der Reparationskommission zustande käme, um einen Ausschub der bevorstehenden Zahlungen Deutschlands herbeizuführen. Dieser hätte die wichtigsten amerikanischen Bankiers diesen Plänen ihre Zustimmung versagt, weil sie erklärten, Frankreich und England müßten zunächst in einer neuen Finanzkonferenz ihre Ansichten ausdrücken. Auch Baron Anton Rothschild, der seit vierzehn Tagen in Washington weilte, habe eine ähnliche Ansicht ausgesprochen.

Aus den Kommentaren der französischen Presse seien noch zwei Anschauungen wiedergegeben, die von dem großen Chor etwas verschieden sind. Hyacinthe Philouze schreibt: „Neben wie uns doch nicht auf! Die Deutschen sind Denker und wissen ganz genau, daß ihre großbritannischen Schulden nicht aus reiner Menschenliebe für die leidende Welt helfen wollen. Viele sehen es sogar ein, daß die französische Methode zwar brutaler erscheint, aber im Grunde die deutsche Unabhängigkeit mehr respektiert. Wenn die deutsche Regierung den von Frankreich ausgeübten Zwang dazu benutzt hätte, vom Reichstag die notwendigen finanziellen Reformen durchzuführen, dann hätte sie auf die Hilfe von anderen Ländern völlig verzichten können. Es ist lächerlich, zu sagen, daß Dr. Briand einen völlig verfahrenen Staatsakt vorfindet. Der Ministerpräsident hat noch gute Trümpfe in der Hand, besonders wenn er ohne Zeitverlust und ohne Vermittler sich mit den Hauptinteressenten auseinandersetzt.“ Hier wird also eine direkte Verhandlung mit Deutschland empfohlen.

Noch weiter geht Hervé in der „Victoire“, der folgendes Rechenexempel aufstellt: „Wenn die Vereinigten Staaten die französischen Schulden von 15 Milliarden annullierten unter der Bedingung, daß Frankreich den gleichen Betrag von der deutschen Schuld abstrich, und wenn England unter derselben Bedingung das gleiche tut, so wird die deutsche Schuld mit einem Schlag um 30 Milliarden Goldmark verringert, die Zinsen gar nicht zu rechnen. Wird das Beispiel in allen anderen beteiligten Ländern nachgeahmt, auch zugunsten Österreichs und Ungarns, dann wird das wirtschaftliche Leben bald wieder aufzublähen beginnen. Scheinbar käme diese Operation nur Deutschland, Österreich und Ungarn zugute; wenn sie aber sofort gewagt würde, dann hätten alle Verbündeten, die Reichs und die Armen, die Großen und die Kleinen ihre Vorteile davon.“

An neuen Meldungen liegen die folgenden vor:

London, 2. Dezember. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz Lord Georges eine Konferenz des Finanzausschusses des Kabinetts statt, der sich mit dem augenblicklichen Stande der Reparationsfrage befaßte. Dem Ausschusse lag ein Bericht des Schatzkammerchefs über die Reparationsfrage vor. Lord Tully Telegraph ist die Arbeit des Ausschusses der Minister und Sachverständigen sehr genügend weit vorgeschritten, um die Regierung in den Stand zu setzen, ihre Vorschläge im Laufe des heutigen Tages zu erklären. Dr. Rathenau hatte gestern vormittag eine neue Unterredung mit dem Schatzkammerchef, bei der nach einer Weildung der „Morning Post“ beide ihre Ansichten offen darlegten. Tully sagt, daß die Minister im Finanzausschusse des Kabinetts einem Moratorium für die deutschen Schulden grundsätzlich zustimmen und zu der Ansicht gelangt seien, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredit und der deutschen Finanzen kein anderer Weg möglich sei. Man glaubt, daß die französische Regierung dem britischen Plane zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Interessen gewährleistet würden.

Die Reparationskommission hat unter dem 2. Dezember folgende Mitteilung an die deutsche Regierung gerichtet:

Die Reparationskommission erinnert die deutsche Regierung an die mündlichen Erklärungen, die sie und der Reichskanzler ihr aus Anlaß ihres Berliner Aufenthaltes gegeben hatten, und die kurz wiederholt folgende sind: 1. Nachdem die Reparationskommission von den Arbeiten des Garantenausschusses Kenntnis genommen und die von dem Reichskanzler gegebenen Erklärungen, die seine Vertreter bezüglich der Maßnahmen, welche die deutsche Regierung vorgenommen hat oder vorzunehmen gedenkt, um die am 15. Januar und 15. Februar u.ä. fälligen Zahlungen sicherzustellen, angehört hat, drückt sie ausdrücklich bei der deutschen Regierung darauf, daß die letztere all ihre Anstrengungen unerschütterlich den erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am Bestmöglichen sicherzustellen. Die deutsche Regierung möchte die schwereren Folgen bedenken, die notwendigerweise daraus für Deutschland entstehen, wenn es am fälligen Zeitpunkte seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Verschuldete haben, oder bei ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Zinsen zu erhalten. 2. Die Reparationskommission ist überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit der neuartigen Weise des Auswertes der Mark verknüpft sind, und mehr einen finanziellen als einen wirtschaftlichen Charakter darstellen. Sie sind in hohem Maße durch die Tatsache bedingt, daß die deutsche Regierung es veräumt hat, bereiteten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um ihr Budget derartig ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Verrechnung des Papiergeldumlaufs, welche die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden.

(Fortsetzung Seite 3.)

ein Unterkommen im früheren Beruf gehabt werden kann? Sollen sie dauernd erwerbslos bleiben? Hier bleibt nichts anderes übrig, als planmäßige Umschulung und Aulernung für einen verwandten Beruf. Damit wäre nicht nur dem Gewerkschaften, sondern auch der Industrie, soweit dort Mangel an Arbeitskräften besteht, Reich, Staat und auch Gemeinden sind bereit, solche Umschulungen zu fördern, und die unabhängigen Stellen arbeiten seit geraumer Zeit auf diesem Gebiete mit besonderem Eifer. Aber ohne größere Opfer, auch von Unternehmerseite, wird es mit der Umschulung nicht recht vorwärts gehen, und es ist zu befürchten, daß weiterhin zehntausende Erwerbslose zusehen müssen, wie die reichlich vorhandene Arbeit unter Inbillenahme von Überstunden und ausländischen Arbeitskräften bewältigt wird.

So sehr man vom Standpunkte des Arbeitsmarktes jede Aufwärtsbewegung der Konjunktur begrüßen muß, so wird doch das Bild arg getrübt durch Verhältnisse der geschädigten Art, kommt dann noch hinzu, daß die augenblicklich in der Industrie rasend betriebene Produktion nicht eine auf normaler Entwicklung beruhende, sondern im wesentlichen mit dem Kesselfand der Salata verknüpfte Erscheinung ist, muß man ferner damit rechnen, daß die hierhergehörige Bearbeitung der vorhandenen Rohstoffe in absehbarer Zeit eine große Leere erzeugen, der Abstieg auf dem Arbeitsmarkte schneller als der Aufschwung vor sich gehen und die Arbeitslosigkeit größte Ausdehnung als je zuvor annehmen wird, so ist um so mehr Grund vorhanden, vor einer übersichtswenig günstigen Beurteilung der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage zu warnen. Das Wichtigste ist, die Produktion in geregelter Bahnen zu lenken und den Arbeitern Erwerb und Brot auch für die Dauer zu sichern.

Die Koalition der Mitte.

(Eigene Meldung.)

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter, daß man, nach Ansicht in den Kreisen des Zentrums und der Demokraten, das Ergebnis des Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart dahin werten kann, daß es möglich sein werde, nimmere mit der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen zur Bildung einer Koalition der Mitte auch im Reich fortzusetzen. Der Flügel der Deutschen Volkspartei, der für ein Zusammenarbeiten mit Zentrum, Demokraten

Emil Klink Nachf.
Haeussler & Sachse
 Dresden-A.
 Waisenhausstr. 7 : Fernspr. 27185
Geschäftsbücher - Fabrik
und Bürobedarfshaus
 Großes Lager in:
 Kopierbüchern :: Kopierrollen
 Letzt - Ordnern
 Ablagemappen :: Schnellheftern
 Farbbändern
 Kohlepapier :: Wachspapier

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 3. Dezember.

Die Neuordnung der Lehrerbildung in Sachsen.

(N.) Im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts haben in den letzten Wochen mehrfach Besprechungen über die Frage der Neuordnung der Lehrerbildung mit dem für diesen Zweck gebildeten Arbeitsausschuß stattgefunden. Gegenstand der Besprechungen bildeten ein vom Reich den Unterrichtsverwaltungen der Länder zur gutachtlichen Äußerung überliefert Referentenentwurf eines Gesetzes über die Lehrerbildung, im Ministerium ausgearbeitete Studienpläne für die zweijährige Bestattung des Berufsstudiums der Lehrer und Berechnungen über die wahrscheinlichen Kosten der Reform sowie die aus dem Lande eingegangenen Vorschläge für den beabsichtigten Ab- und Umbau der einzelnen Lehrerseminare.

Unter den vom Ministerium vorgelegten Studienplänen entschied man sich für ein Berufsstudium der Lehrer von sechs Semestern. Von der Forderung des Studiums eines der freien Künste es einzelnen zu überlassenden besonderen wissenschaftlichen Faches sah man ab. Der im Ministerium ausgearbeitete Studienplan sieht ein Zusammenarbeiten der Universität in Leipzig und der Technischen Hochschule in Dresden mit pädagogischen Instituten vor, die in beiden Orten errichtet werden sollen. Als Grundlage für diese pädagogischen Institute kommen die Räumlichkeiten der Seminare in Leipzig-Gonnwitz und Dresden-Strehlen in Betracht. Die Universität und die Technische Hochschule sollen die Ausbildung der Studierenden der Pädagogik in Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Staatsbürgerkunde übernehmen. Den pädagogischen Instituten soll die praktisch-pädagogische und methodische Ausbildung der Lehrer obliegen.

Bei der Besprechung der Kostenfrage der Reform ergab sich, daß Ab- und Umbau der einzelnen Seminare voraussichtlich dem Staate keinerlei Kosten verursachen wird, der Staat vielmehr hierbei im Laufe der Jahre durch allmählichen Fortfall von Lehrkräften auf Ersparnisse im Besoldungswesen hoffen kann. Mehrkosten werden dem Staate, verglichen mit dem jetzigen Zustande, nur dadurch entstehen, daß an den beiden Hochschulen für das Berufsstudium der Lehrer in den nächsten Jahren besondere Einrichtungen geschaffen und eine Anzahl von neuen Lehrkräften berufen werden müssen. Außerdem macht die veränderte Art der Ausbildung eine andere Art der Einfassung der künftigen Volksschullehrer in höhere Besoldungsgruppen notwendig. Die Wirkung dieser Neueinstufung beginnt aber erst von 1930 an und verteilt sich auf über 30 Jahre.

Für den Ab- und Umbau der Seminare wurden die Vorschläge aus dem Lande unter eingehender Aussprache zur Kenntnis genommen. Am zahlreichsten hat man sich bei diesen Vorschlägen für die Umwandlung der Seminare in deutsche Oberschulen und Aufbauschulen ausgesprochen. Die deutschen Oberschulen sind bekanntlich als eine neue Form der neuartigen höheren Lehranstalten gedacht. Als Hauptziel erstreben sie eine wissenschaftlich begründete Einführung in das deutsche Kulturgut. Dem Ministerium liegen für die Gestaltung ihres Lehrplanes zwei Vorschläge vor. Der eine Plan stammt vom Sächsischen Seminar-Lehrer-Verein (Form A). Dieser deckt sich in den Grundzügen mit dem Plane, wie er bei einer Besprechung von Vertretern einer Reihe deutscher Länder in Weimar Ende Juni d. J. vereinbart worden ist. Es sieht den pflichtmäßigen Betrieb nur einer Fremdsprache vor. Der zweite Plan (Form B) rührt vom Sächsischen Philologen-Verein her. Er fordert zwei pflichtmäßige Fremdsprachen im Unterrichts-betrieb. Für die Umwandlung in Form A haben sich sechs, für die Umwandlung in Form B gleichfalls sechs Anstalten ausgesprochen. Aufbauschulen werden vier verlangt. Die Aufbauschulen sollen schulpflichtige höhere Lehranstalten sein. Ihr Zweck ist, hochbegabten Kindern armerer Volksschichten, die aus wirtschaftlichen Gründen den Übergang zur höheren Schule nicht rechtzeitig bewerkstelligen konnten, und solchen Kindern, deren wissenschaftliche Begabung erst später hervorgetreten ist, die Möglichkeit zu geben, in sechs Jahren den Lehrstoff der neuartigen Anstalt zu bewältigen. Die Aufbauschule baut sich auf der Volksschule auf und hat mindestens siebenjährigen Besuch der Volksschule zur Voraussetzung. Eine solche Aufbauschule kann die Form jeder der schon bestehenden höheren Schulen und auch die der noch neu zu schaffenden deutschen Oberschule annehmen.

Bindende Beschlüsse über die Umwandlung der Seminare sind noch nicht gefaßt worden. Das Kultusministerium ist nun in Verhandlungen mit dem Finanzministerium wegen der Ausführung der vorliegenden Pläne getreten.

Musik-Vorführung. Im Rahmen eines Tonkünstler-Vereins-Abends erlebte gestern eine Reihe von Wechsel-Gesängen von Felix Gottschell eine befähigt aufgenommene Uraufführung. Es sind nette anspruchsvolle Lieder, die in einen Zwiespaß auslaufen und sich „Toskanische Volkslieder“ nennen. Es er außer textlich auch musikalisch aus italienischen Quellen schöpfte, sagt der hier lebende Komponist nicht. Jedenfalls geben sie sich gefällig und ansprechend, und wurden auch so von den beiden Vortragenden, unter Beifall des Komponisten im Flügel geboten. Die Efermann-Schülerin Frau Wölbich (Mitglied der Oper) sang wie ihr Partner, Hr. Würtler (ein rühmlichst bekannter Oratorien-sänger) mit angenehmer Stimm- und Vortragswirkung. O. S.

Gesangsverein der Staatsbahnen-Beamten. Die „Choren vom Flügelstab“ veranstalteten gestern im Vereinslokal ihre erstes Winterkonzert. Sie sangen nicht weniger als sechs Nummern der Vortragordnung zum ersten Male; von Dresdner Kompo-

nisten waren der langst heimgegangene Curti und Hugo Jüngst, der immer „trefflicher“, vertreten; der ehrenwürdige „Nachfolger“ Kreutzer stand daneben, Josef Reiter als Neuzeitlicher. Das Hauptaugenmerk richtete sich jedoch auf die beiden größten Chorwerke von Mathieu Reumann und Siegmund v. Hausegger: „Sturmerwachen“ und „Schmid Ehmert“. Reumann ist fast von Hegar beeinflusst; er malt wie dieser mit dem Stimmklang und Wortakzenten, gewinnt aber an der Hand der Anna Ritterstien Dichtung einen wirksamen, gefühlsmäßigen Ausklang, den er zu recht wirkungsvoll Siedgerung anlegt. Hauseggers Vortrag des Bierbaumischen „Schmid Ehmert“ ist einheitlicher in der Komposition und noch schärfer und überzeugender geprägt im musikalischen Ausdruck, zeigt also die stärkere Psychonomie. Es ist eine der eindrucksvollsten Männerchor-Nummern, die ich seit langem hörte, und zwar schon in der gebotenen verknüpfen Gestalt, d. h. mit Klavier (statt Orchester). Das Klavier spielte an Stelle des als behindert gemeldeten Regierungsrats Dr. Rud. Erich Wara. Man konnte dem konzertgebenden Verein wie seinem bewährten Leitermeister Richard Fuchs-Jerin nur volles Lob sagen für ihre vorzüglichen Leistungen, die sie an dem Abend darboten. Sie bekundeten, daß Fuchs-Jerin und die Sängerschaft wieder am Werke waren und ihre Meister sich, was übrigens fastjam bekannt ist, auf gelungene und musikalische Schule, gute Aussprache und Textbehandlung versteht. Weniger bescheiden konnte man sich mit dem Sologang an dem Abend. Sufrant Werber huldigt Sopran steht noch recht im gannigen Ansoh und die Wahl der Gesänge war reichlich zu hoch getroffen für den gegenwärtigen Stand ihrer Vortragskunst. O. S.

Ausstellung in der Sächsischen Landesbibliothek. In der Sächsischen Landesbibliothek ist man damit beschäftigt, mit Hilfe der Boensch-Stiftung einen Raum mit Schränken und Schauläden zu versehen, in dem die berühmten Jakob-Krause-Einbände zu einer der Beschäftigung zugänglich

und Sozialdemokraten ist, überwiegt bedeutend den rechten Flügel der Partei, der in Stuttgart gar nicht zur Geltung kam. Da den Führern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei das Verhalten der Partei ausgesprochen wurde, die Leitung der Reichstagsfraktion aber sich wiederholt für die Bildung der großen Koalition im Reich ausgesprochen hat, so ist man der Auffassung, daß die Verhandlungen zur Erweiterung der Reichsregierung bald einseigen und auch von Erfolg sein werden. Aus deutschnationalen Kreisen wird unserem Berliner Vertreter hierzu noch mitgeteilt, daß man der Anregung Dr. Stresemanns, auch die Deutschnationalen Volkspartei in die Koalition einzubeziehen, nicht folgen könne. Unter gewissen Bedingungen würden sich die Deutschnationalen ebenfalls bereit erklären, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, aber sie müßten in diesem Falle Bedingungen stellen, die jedenfalls von den Sozialdemokraten abgelehnt werden würden. In deutschnationalen Kreisen fehlt man das Ergebnis des Parteitag in Stuttgart darin, daß keine Annäherung der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen Volkspartei zu erwarten sei, sondern im Gegenteil eine starke Annäherung der Deutschen Volkspartei an die übrigen Koalitionsparteien.

Oberschlesien.

Die Polen bereiten sich vor, Kattowitz zu einem Stützpunkt der polnischen Sache in dem zukünftig polnischen Teil Oberschlesiens zu machen. Neuzug Nachrichten zufolge wird Kattowitz der Sitz eines Bistums, einer Eisenbahndirektion und der Verwaltung der bisher preussischen staatlichen Forsten, Domänen und Gütern. Auch eine technische Hochschule und eine Handelshochschule sind in Aussicht genommen. Von einer Gesellschaft, hinter der oberösterreichische, aber auch englisches Kapital steht, wird der Bau eines sechsstöckigen Bureauhauses in Kattowitz projektiert. Dieses Bureauhaus soll unter anderem eine Börse, ein Hotel, ein Café und Bureauräume für eine große Bank erhalten.

Die Dieselmotoren.

Es sind in den letzten Tagen durch die Presse verschiedene Äußerungen zu der an die Vorkonferenz gerichteten Dieselmotoren-Note der deutschen Regierung gegangen. Wenn auch diese Nachrichten nicht in allen Einzelheiten den tatsächlichen Vorgängen entsprechen, so ist doch die Erregung, die darin zum Ausdruck kommt, durchaus begründet, denn wenn das Verbot, das die Interalliierte Marinekontrollkommission nach der Beschlagnahme der Benzwerke in ihrer Note vom 19. August 1921 ausgesprochen hat, durch die Vorkonferenz anerkannt und beseitigt werden sollte, so würde damit (da ein Unterschied zwischen Motoren, wie sie auf Unterseebooten Verwendung fanden und Schnellläufer allgemein nicht besteht) der deutschen Motorenindustrie und all den Industriezweigen, die gezwungen sind, Schnellläufer-Dieselmotoren in ihren Betrieben zu verwenden, ein Schaden von unüberschaubarer wirtschaftlicher Natur zugefügt werden. Jedenfalls bringt die Note, welche die deutsche Regierung beschwerdeführend an die Vorkonferenz gerichtet hat, hierfür den klaren rechtlichen Beweis, dessen Bedeutung noch besonders durch eine der Note beigefügte wirtschaftlich technische Erläuterung unterstrichen wird.

Um das Moratorium.

(Fortsetzung von Seite 2.)

Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, unterjährig alle erforderlichen Maßnahmen zur Befriedigung der Finanzlage zu ergreifen.

gez. Tübols und Brabbur.

Ein Berliner Blatt meldete gestern, daß aus dem im Friedensvertrag gegenseitigen Clearingverfahren (Ausgleich der gegenseitigen Kriegsschulden) am 1. Dezember eine deutsche Schuld von 21 Millionen Goldmark fällig geworden sei und daß die deutsche Regierung diese Schuld wirtschaftlichen Folgen zugefügt werden. Jedenfalls bringt die Note, welche die deutsche Regierung beschwerdeführend an die Vorkonferenz gerichtet hat, hierfür den klaren rechtlichen Beweis, dessen Bedeutung noch besonders durch eine der Note beigefügte wirtschaftlich technische Erläuterung unterstrichen wird.

Hochverratsverfahren gegen Kommunisten.

Beim Reichsgericht ist gegen die kommunistischen Führer Komjaty und Lemke, die durch die Enthaltungen der bei Frau Jettin beschlagnahmten Papiere schwer belastet sind, ein Strafverfahren wegen Hochverrats anhängig gemacht worden. Ferner wurde beim preussischen Landtag vom Reichsgericht die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Hugo Ubertin wegen Hochverrats nachgefordert.

Alleine Nachrichten.

Leipzig, 3. Dezember. Im Hochverratsverfahren gegen die Stahlfabrikanten Kommunisten, der seit dem 17. November vor dem Ver. 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt wurde, wurde gestern nachmittag das Urteil verkündet. Von den 45 Angeklagten wurden 16 freigesprochen. Von den übrigen wurden 10 wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt, darunter die Haupttätler Otto Bauer und Otto Bauer, die zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und der Handlungsgeschäft Willi Müller aus Magdeburg zu 2 Jahren Gefängnis, ferner der schon zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilte Kellerer Franz Junge aus Staßfurt zu 4 Jahren Gefängnis und der Arbeiter Fritz Schley aus Neudorf zu 3 Jahren Gefängnis, die anderen zu Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis zu 3 Monaten verurteilt.

— In dem am 7. Dezember vor dem Ver. 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts beginnenden, auf etwa 14 Tage berechneten Kap. 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wird der Regierungsvizepräsident zur Disposition v. Jagow von Rechtsanwältin Frau v. Wangen heim von den Rechtsanwältinnen Kötzger und Justizrat Dr. Göres in Berlin, der Sanitätsrat Dr. med. Schiele in Rumburg a. S. durch den Rechtsanwältin beim Reichsgericht Justizrat Geutebrück und Rechtsanwältin Dr. Martin in Halle a. S. vertreten. Es sind einige 70 Zeugen geladen.

Berlin, 3. Dezember. Das Reichskabinett hat gestern nachmittag die Beratung über den

her nicht bezahlt habe. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge ist diese Meldung unrichtig.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fischer, als Nachfolger des Staatssekretärs Bergmann, der zum Vorkonferenz der deutschen Kriegslastenkommission ernannt worden ist, hat sich vor einigen Tagen nach Paris begeben und verhandelt dort über die Zahlung der am 15. Januar n. J. fälligen Reparationsrate, ebenso insbesondere über ihre Sicherstellung.

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Strafrechtbuchs an die veränderten verfassungsrechtlichen Verhältnisse fortgesetzt. Ferner war die Kohlenversorgung der Reichseisenbahnen Gegenstand der Erörterung.

— Nach einer Mitteilung des hiesigen amerikanischen Generalkonsulats haben die Leiter der amerikanischen Konsulate in Dresden, München, Breslau, Köln, Bremen, Königsberg, Koblenz, Frankfurt a. M. und Hamburg ihre vorläufige Befähigung seitens der deutschen Regierung erhalten und werden demnächst sofort aufnehmen. In Leipzig, Stuttgart und Stettin werden ebenfalls in Kürze Konsulate eröffnet werden.

— Wie aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß der Reichsernährungsminister Dr. Hermes zum deutschen Vorkonferenz in Rom in Aussicht genommen sei, frei erfunden.

— Der für Zeitungserbote zuständige Reichsverordnungsrat des Reichsstaats hat am 30. November die Beschlüsse der „Schwäbischen Tageszeitung“ in Stuttgart wegen des Verbotes durch das württembergische Ministerium des Innern für die Zeit vom 20. bis 26. November verworfen.

— Die Agence Havas verbreitet aus Berlin die Meldung, daß die interalliierte Kommission festgesetzt habe, in den Fabriken in Spandau sei ein Jagdgewehr hergestellt worden, das ähnliche Eigenschaften besitze, wie das deutsche Infanteriegewehr. Wie eine Anfrage bei der interalliierten Kommission ergeben hat, ist diese Meldung der Havasagentur unklar.

Kattowitz, 2. Dezember. Das Organ der oberösterreichischen Kommunisten „Die rote Fahne“ in Gleiwitz keilt in den nächsten Tagen ihr Erscheinen ein, weil die kommunistische Zentrale in Berlin die erforderlichen Zuschüsse nicht mehr gezahlt will.

München, 3. Dezember. Die Internationale Donauforschungskommission gab in der Sitzung vom 1. Dezember die Zustimmung zur Durchführung des bayerischen Projektes betr. die Verbesserung der Donau von Regensburg bis Jochenstein unter gewissen Vorbehalten von Bedingungen, die durch die deutsche Delegation für Bayern angenommen wurde. Die Kommission prüfte und billigte anschließend die durch das Exekutivkomitee vom 12. Juli bis 1. Oktober ausgeführten Arbeiten. Die durch einige Delegationen vorgebrachten Vorbehalte wurden protokolllarisch festgelegt. Endlich wurden die gegenwärtig von der Schiffahrt in den verschiedenen Abschnitten der Donau zu zahlenden Gebühren besprochen. Es wurde beschlossen, in eine abschließende Prüfung der verschiedenen Tarife einzutreten, die als Grundlage dienen sollen, um die weiteren Entscheidungen zu treffen.

Die Washingtoner Konferenz.

Der französische Flottenplan. Einer Exchange-Meldung aus Washington zufolge haben die französischen Delegierten einen Plan ausgearbeitet, der den Einschluss Frankreichs ins Flottenverhältnisprogramm Hughes' vermeidet. Die Franzosen seien der Ansicht, daß eine Einschränkung der zukünftigen Flotte Frankreichs seine Souveränität verletzen würde, da die französische Flotte jetzt unter dem für die Seemächte vorgeschlagenen Wohlstand stehe.

Einschränkung der Rüstungen zu Lande.

Der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald“ teilt mit, daß wahrscheinlich der Abklärungs-Konferenz ein bestimmter Vorschlag zur schnellen Beilegung der Frage der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zu Lande unterbreitet werden wird, sobald die Frage der Seerüstungen entschieden ist. Man glaubt, daß Italien jenen Vorschlag machen wird.

Das englisch-japanische Bündnis.

Der Washingtoner Sonderberichterstatter des „Daily Mail“ will wissen, daß bei der nächsten öffentlichen Sitzung der Konferenz, die wahrscheinlich am Mittwoch abgehalten werden wird, eine formelle Mitteilung, betreffend Beendigung des britischen Bündnisses mit Japan, unter gegenseitiger Zustimmung abgegeben werden soll. Diese Mitteilung wird mit der Erklärung einer gemeinsamen Politik Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Japans und Frankreichs bezüglich Chinas verbunden werden.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington berichtet, er erfahre aus absolut sicherer Quelle, Kato und Wolfson würden in der nächsten Sitzung der Konferenz bekanntgeben, daß Großbritannien und Japan auf ihre Allianz verzichteten.

Die Teuerungsunruhen in Wien.

Wien, 3. Dezember. Wie eine Korrespondenz zu den Teuerungsunruhen meldet, waren die vom Parlament abziehenden Demonstrationen auf etwa 30000 Personen angewachsen. Auch beim Vormarsch der Demonstrationen in die einzelnen Bezirke kam es zu Ausschreitungen. Im Verlauf der Kundgebungen wurden mehrere Personen verletzt, darunter einige Sicherheitswachleute schwer. Ungefähr 400 Personen wurden verhaftet.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Reich-

Radeberger Pilsner

wieder auf alter Höhe

7488

Schminken, Puder

für Theaterbesucher, für Gesellschaften, für Hausbesuche, in engerer Auswahl

Paul Schwarzlose Parfümerie, Dresden-A., Schloßstr. 13

1000

Sammlung vereinigt aufgestellt werden sollen. Man hofft, noch im Laufe des Winterhalbjahres die Ausstellung eröffnen zu können. Der Direktor der Landesbibliothek wird am Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 11 Uhr im Hofsaal der Staatssammlung (Alberinum) einen Lichtbildervortrag über „Alle Einbandstoffe in der Landesbibliothek“ halten. Der Eintritt ist frei. Eintrittskarten sind in der Kasse des Alberinums zu haben.

Städtebilder von Dresden. Der Verehrerverein und die Photographische Gesellschaft zu Dresden hatten zu Anfang des Jahres einen Wettbewerb zur Erlangung künstlerischer Städtebilder von Dresden ausgearbeitet. Daraus sind etwa 300 Bilder eingegangen und kürzlich von dem eingesetzten Preisgericht begutachtet worden. Die Bilder werden im Bibliotheksaal des Kunstgewerbemuseums, Giesstraße 34, I, von nächstem Montag bis einschließlich Sonntag, den 18. Dezember, wenigstens öffentlich ausgestellt.

Deutscher Gymnasialverein. Über das Thema „Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert“ sprach Prof. Dr. Körte von der Landesuniversität vor der Dresdner Ortsgruppe des Deutschen Gymnasialvereins. Der Vortragende gab nach einem kurzen Abriss der heroischen Zeit der athenischen Demokratie im 5. Jahrhundert eine ausführliche kritische Darstellung der athenischen Demokratie zur Zeit ihrer reinen Ausprägung im 4. Jahrhundert. In dieser Zeit ruhte alle Macht in der Hand des souveränen Volkes, des Demos. Doch bediente sich Volk nicht mit Bevölkerung infolge der antiken Sklavewirtschaft. Sklaven bestanden die Arde, Sklaven waren die Arbeiter in den Bergwerken und Fabriken. Aus Staatskassen bestand aber auch die gesamte subalterne Beamtenschaft. Die wertvollste Arbeit wurde also zum weitaus größten Teil von den Sklaven geleistet, sowie von den Freigelassenen und den Fremden (Meteken). Sie bildeten fünf Sechstel der Bevölkerung, waren aber politisch ohne alle Rechte.

Nur die freien athenischen Bürger, deren Eltern beide Bürger gewesen waren, hatten die politischen Rechte, und je länger desto mehr sorgte man dafür, daß ihre Zahl nicht durch Aufnahme fremder Elemente wuchs. Man wollte die Menge der für die Ausübung ihrer Pflichten bezahlten Bürger nicht vergrößern. Diese Bezahlung für die Teilnahme an den häufigen Volksversammlungen, Gerichtsungen und dergl. ergab die Bürger zur Faulheit. Arbeit galt als Schande; Kinderarmut, Landflucht und ähnliche Schäden folgten daraus. Das souveräne Volk übte seine Macht in der Volksversammlung aus. Da diese nicht ständig tagen konnte, wurde aus ihr zur Führung der Geschäfte, zumal der Finanzverwaltung, der Rat der 500 ausgelöst. Doch nahm die Volksversammlung den Rat im Laufe des 4. Jahrhunderts ein Recht nach dem anderen ab und Anstalt vor den eigenen Bürgern. Die Volksversammlung verbrauchte ihre Zeit außer für die Fragen der äußeren Politik — die Beschaffung erfolgte zum Teil in den Gerichten — hauptsächlich für die Wahl und Kontrolle der Beamten, deren jeder 10 mal im Amtsjahre sofort suspendiert werden konnte. Eine gefährliche Macht besaß das Volk endlich in den Gerichten. 6000 Bürger fanden jederzeit für sie bereit. Das Mißtrauen des Volkes gegen sich selbst machte diese große Zahl nötig, um durch starke Befragung der Gerichte Rechtmäßigkeit der Richter zu verhüten. Dieses typische Mißtrauen ließ schließlich keinen Führer aufkommen; nicht der verantwortliche Beamte oder Heerführer, sondern der geschickteste Redner hatte das Ohr der Masse. Politische Parteien mit solchen Zielen konnten sich da nicht bilden, die Mängel gerissener Redolaten benutzten wechselweise den Staat für ihre persönlichen Interessen. Demoskhenes hatte diese inneren Schäden der Demokratie erkannt, aber das Volk hörte seine Warnungen erst, als es zu spät war, als Philipp von Makedonien schon zum Todesstoß gegen die Freiheit Athens ausgeholt hatte.

Das Plakate Professorin. Frau Eva Plakate v. der Oden wurde als Professorin für dramatischen Gesang an die Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg berufen. Frau Plakate beschäftigt, ihre Tätigkeit an der Landesoper vollständig beizubehalten. Ob dies auf die Dauer durchführbar ist, muß dahingestellt bleiben, da dem Unternehmen nach eine Regelung mit der Verwaltung der Staatstheater noch nicht erfolgt ist.

Wissenschaft und Technik. Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule zu Dresden, Direktor der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, Dr. Kühn, legt mit Ende dieses Jahres seine Stelle als Kurator des Deutschen Hygienemuseums nieder, um sich ganz seinen wissenschaftlichen Aufgaben widmen zu können.

Literatur. Rudolf Borchardts dramatisches Gedicht „Verfälschung“ gelangt im Januar 1922 am Burgtheater Wien und Deutschen Theater Berlin zur Uraufführung.

— In London wird ein Drama „Der Pilger der Ewigkeit“ gespielt, in dem Lord Byron die Hauptfigur ist. Als Verfasser zeichnet der Perfer Borschard, der sich jahrelang dem Studium Byrons widmete.

— „The love of the king“ (Die Liebe des Königs), ein unbekanntes Stück Oskar Wilde wird demnächst im Verlage Methuen in London erscheinen.

einmaligen Operette „Fatal“, Text und Musik von Francisus Ragler eine sehr freundliche Aufnahme. Das Lebensmüdig-heitere Werkchen kam dem Bestreben des neuen Direktor H. G. Gahjamas entgegen, aus der Ode der Tansposten herauszukommen und den Geschmack des Publikums wieder für wertvollere Stücke empfänglich zu machen. Musikdirektor Ragler (Leipzig), der Komponist vielgelungener prächtiger Männerchöre (München usw.), der Verfasser herzerquickender und weiterverbreiteter Bücher, wie „Dorfheimat“, „An der Stadtmauer“ und „Der lustige Russtanz“, schließt mit dem Operetten-Gemisch „Fatal“ eine Jugendarbeit auf. Große Ruhm („Hiedermans“) beeinflussten zwar das Werkchen und die Befassung der Melodien. Allein hier und da blüht schon ein eigener Gehalt auf. Die Aufführung zeigte viel Sorgfalt. In erster Linie ist Epilettler Ludwig Böttger zu nennen, der als Gerichtsdiener Landrath fast nicht von der Bühne herunter kam und stets die Lacher auf seiner Seite hatte. Rüst ihm machten sich die auch gefanglich gut beschlagenen Künstler und zwar die Damen Ballmau (als Galt) und Pfeiffer, sowie die Herren Demetrius, Imrey, Lorant, Gracht und Kainer in mehr oder minder größeren Rollen um den Erfolg verdient. Nicht geringeren sei der temperamentvolle und jattelische Kapellmeister Walter Schreiber. Am Schluß gab es zahlreiche Hervorrufe aller Beteiligten. Auch die nachfolgende Aufführung der einmaligen Operette „Die schöne Galathee“ von Franz v. Supp unterstrich die künstlerischen Absichten des Direktors Gahjamas, der trotz seiner griechischen Abkunft ein echtes Wiener Kind ist und zielbewußt auf die Hebung der Provinzialbühne und auf die Gewinnung eines neuen würdigen Kunsttempels für Wien hinarbeitet.

— Das Landesbühnen in Altenburg hat die dreistellige Epilopet „Das Bild der Favoritin“ von Josef Snaga zur Aufführung erworben.

BÜROBEDARF

KOHLEN PAPIER
FARB-BÄNDER

11 Büro-11
bedarfshaus Ludwig Schulze K. G.
Dresden-A., Trompeterstr. 14
Fernsprecher 19552.

arbeiterrat, in dem es heißt: Die gestrigen Vorgänge beweisen, daß die anschwelende Bewegung der Massen die schärfste und reifste Durchsicht des sozialdemokratischen Finanzprogramms dringend erforderlich mache. Die Arbeiterchaft werde aufgefordert, nicht zu dulden, daß ihre Kundgebungen wie gestern durch unverantwortliche Elemente, mit denen die organisierte Arbeiterchaft nicht gemein habe, und deren Organe schon zu verurteilen seien, mißbraucht und entleert werden. Die Arbeiterchaft solle die spontane Kundgebung des gestrigen Tages nicht abschließen, aber auf den ersten Ruf des Kreisarbeiterrates kommpetent sein.

In allen Betrieben und Werkstätten ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Nur kleine Gruppen kommunistischer Arbeiter agitieren für die Fortsetzung des Streiks. Die öffentlichen Gebäude, die Banken und die Börse wurden unter polizeilichen Schutz gestellt. Das kommunistische Organ „Die Rote Fahne“ wurde beschlagnahmt. Die gestrigen bei Blindenorganisationen wurden dem Landgericht eingeliefert und die übrigen Verhafteten noch heute entlassen werden.

Bei der Beratung des vom Kreisarbeiterrat erfolgten Aufrufe im Rate hob Friedrich Adler hervor: Die Verantwortung für die gestrigen Verhältnisse könne keineswegs die organisierte Arbeiterchaft treffen. Die seien Elemente zuzuschreiben, die sich nur private Vorteile verschaffen wollten. Adler wies darauf hin, daß nach den übereinstimmenden Berichten die Wachleute sich geradezu bewundernswürdig gehalten hätten. Der „Arbeiterzeitung“ zufolge sind die gestrigen Demonstrationen von einem Streikorganisierten etwa 300 Köpfe starken Trupp durchgeführt worden, der unmittelbar hinter dem kommunistischen Teil der Demonstration bei den Kundgebungen marschierte.

Truppen für Ledenburg.

Paris, 3. Dezember. Die Völkervereinigung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, ein kleines Truppenkontingent während der Volksabstimmung nach Ledenburg zu entsenden, das aus den oberösterreichischen Besatzungstruppen genommen wird.

Briands Anknst in Paris.

Paris, 3. Dezember. Briand ist gestern nachmittag in Paris angekommen. Er erklärte einem Vertreter der Agence Havas, Frankreich sei bereit, jedem Vorschlag zur Befriedung der Rüstungen zuzustimmen, solange aber als Gegenleistung greifbare Vorschläge. Heute wird Briand dem Ministerrat einen Überblick über die Lage geben und sich abends vor dem Parlament ausprechen. Gestern nachmittag begab sich Briand ins Elisee, wo er eine lange Besprechung mit dem Präsidenten der Republik hatte. Später empfing er den italienischen Botschafter.

Gestern abend empfing Briand am Quai d'Orsay französische und ausländische Journalisten und machte einige Bemerkungen über seine amerikanische Reise. Er sagte, seiner Ansicht nach würde die Washingtoner Konferenz nicht nur zu grundsätzlichen Entschlüsse, sondern auch zu praktischen Entscheidungen führen. Was die Frage der Währungsfrage zu Lande betreffe, so sei sie für Frankreich von überragender Bedeutung. Er habe sich bemüht und er hoffe, es sei ihm gelungen, nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Welt davon zu überzeugen, daß die gegen Frankreich von einer lügenhaften Propaganda erhobenen Anschuldigungen ungerecht seien. Frankreich strebe keine militärische Hegemonie an, wie es seinerzeit Deutschland getan habe (?), sondern Frankreich habe dem Frieden der Welt immer ungeheure Opfer gebracht. Aber im gegenwärtigen Augenblicke sei es durch seine Stellung in der Welt gezwungen, seine Armees in einem Maße zu erhalten, wie es die Sicherheit seiner Grenzen verlangt.

Das Hoover'sche Hilfswerk für Rußland.

Paris, 3. Dezember. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Kabinett einen ihm vorgelegten Plan, betreffend das Hoover-Hilfswerk für Rußland, beraten, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Der Plan sieht die Einberufung einer Konferenz vor, auf der die freiwillige Unterstützung des Hoover'schen Hilfswerks organisiert werden soll.

Kleine Nachrichten.

Le Havre, 2. Dezember. Briand ist heute vormittag 11 1/2 Uhr hier angekommen.
Lima, 3. Dezember. Die Regierung hat der Peruanischen Schiffahrtsgesellschaft drei ehemals deutsche Schiffe für 110 000 Pfund Sterling verkauft.
London, 3. Dezember. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der letzten Woche erhöht. Sie beträgt jetzt 1 832 400.
London, 3. Dezember. „Wall Mall and Globe“ zufolge sind für Februar 1922 allgemeine Wahlen zu erwarten.
London, 3. Dezember. Die Vertreter der Einflußkreise verschieben gestern vormittag London. Sie werden die Friedensvorschläge der englischen Regierung nach Dublin überbringen.

Partei bewegung.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 3. Dezember. Im weiteren Verlaufe der Freitag-Sitzung des Parteitag der Deutschen Volkspartei wurde das Thema „Wirtschaft und Reichsanlagen“ behandelt. An Stelle des verabschiedeten Finanzministers A. D. Dr. Weder sprach zunächst Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo über Reichsanlagen und Steuerreform. Jermüden über die Reichsanlagenverhältnisse haben Krieg, Revolution und die un- ausgeübten Kriegsschuldungsanfragen gewirkt. Unterer Finanzwirtschaft kann nur durch eine Stilllegung der Notenpresse eine Ende gemacht werden. Jeder einzelne Finanzpolitiker in Deutschland ist davon überzeugt, daß eine Ausbringung der Kriegsschuldungsanfragen durch steuerliche Maßnahmen unmöglich ist. Die Mittel, die für eine internationale Anleihe aufgebracht werden sollen, belasten gleichfalls die Staatsfinanzen durch Übernahme der Zinsgarantie. Die Kontributionen müssen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Der Gedanke der Sparanleihe muß an die Spitze gestellt werden. Staatsbetriebe müssen in privatwirtschaftlich geleitete Betriebe eingestuft werden. Der Beitrag muß in schärferer Weise herangezogen werden. Unsinnig ist aber die geplante Einführung einer Steuer auf Speise und Getränke in den Gastwirtschaften aus rein politischen Gründen. Mit dem Gedanken der Erfassung der sogenannten Geldwerte wissen selbst ihre Verteidiger nichts anzufangen. Wir werden, führte Redner aus, in der Steuererhebung jeden Blau solcher Art unter allen Umständen ablehnen, der zu einer völligen Zerkümmern unserer Wirtschaft führen muß, die der letzte politische Wächterfaktor ist, den Deutschland besitzt. Reichstagsabgeordneter Hepp berichtete dann über Landwirtschaft und Volksernährung. Da die Verteuerung der Lebensmittel am allerschwersten für das gesamte Volk in Erscheinung tritt, besteht für die deutsche Landwirtschaft mehr denn je die wichtige Aufgabe, sich ganz in den Sinn der vaterländischen Ernährung zu stellen, ihre ganze Arbeit der Intensivierung der Wirtschaft und der Steigerung der Produktion zu widmen. Die Wiederherstellung der Landwirtschaft ist aber auch Vorbedingung für die Sanierung unserer gesamten Wirtschaft. Diese Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn alle Volksteile sich an ihr beteiligen. Noch aber gibt es Kreise, die der Landwirtschaft fremd gegenüberstehen. Gegen Wucherer und Schieber ist scharf vorzugehen. Schließlich ist aber die Luernung doch nur eine Folge der Mangelerscheinungen gegenüber der Entente. Die bisherige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist nicht mit neuen Zwangsverordnungen und -vorrichtungen zu erreichen, sondern nur mit einer Produktionssteigerung. (Sehr richtig!) Sicherheit der Wirtschaft, Ruhe und Ordnung innerhalb des Landes sind die ersten Voraussetzungen für eine Produktionssteigerung. Aber die Lage des gewerblichen Mittelstandes berichtete Johann Reichstagsabgeordneter Senator Schitten-Bonnard. Sein Beruf sich sich innerer Befriedigung wie der des Mittelstandes. Die Entwicklung zur Persönlichkeit ist in ihm mehr gegeben als insbesondere in den großen kapitalistisch gerichteten Erwerbsarten. Das Handwerk ist zu unterstützen in seinem Bestreben, sich eine lückenlose Organisation zu schaffen. Die neuen Steuerpläne bedürfen enger Prüfung gerade in der Richtung, ob ihre Betrefflichen nicht eine ungelandte Konzentration der Betriebe und eine Vernichtung einer mittelständischen Lebensmöglichkeit im Gefolge habe. Wanderlager, Hausierer und Straßenhändler sind mehr Kontrollen und Beobachtungen zu unterwerfen, wie das schärfste Gewerbe. Behördenliche Kontrollen dürfen das selbständige Geschäftstreiben nicht ausschalten. Die Kommunalisierungsgeheimverträge, welche gerade den Mittelstand bedrohen, sind unannehmbar.

Nach der Mittagspause trat der Parteitag in die Besprechung des Themas Kulturprobleme der Gegenwart ein. Es berichteten hierüber Reichstagsabgeordneter Kunkel und Frau Dr. Wolf, Mitglied des Bayerischen Landtags. Ersterer erläuterte besonders die Frage: Wie erhalten wir

die seelischen Innenwerte dem deutschen Volke der Gegenwart und der Zukunft? Zunächst muß die Familie ein Kulturfaktor bleiben. Das zweite große Kulturproblem ist das Schulproblem. Seine Partei steht auf dem Standpunkte der christlich-nationalen Weltanschauung. Die dritte Gruppe von Kulturproblemen bietet das Leben selbst, denn das gesamte Leben mit seinen praktischen wirtschaftlichen Auswirkungen ist lepton Endes nur Dienst an der deutschen Kulturentwicklung. Das ganze soziale Problem der Gegenwart wird nur gelöst werden können, wenn das Volk in seiner Gesamtheit sich innerlich wieder auf die Arbeit einstellt. Auch das große Wirtschaftproblem der Gegenwart, das Sozialisierungsproblem, kann im Grunde nur nach seiner kulturellen Auswirkung bewertet werden. Beim Handwerk und in der Landwirtschaft gilt es besonders, der Sozialisierung entgegenzutreten. (Beifall.) Frau Dr. Wolf wies hin, daß es in der Hauptsache nur praktische und materielle Tendenzen gewesen seien, die unsere Zeit bestimmt haben. Es ist unsere Pflicht, diese Weltanschauung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Unsere wichtigste Aufgabe ist die Pflege der deutschen Kultur im besetzten, gefährdeten und, wenn möglich, im geraubten deutschen Gebiet. (Lebhafte Beifall.) In der Aussprache schilderten Vertreter der besetzten Landesteile die geistige und wirtschaftliche Not dieser Landesteile.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde eine Entschlüsse, die gegen die oberösterreichische Gewalttat protestiert, ein Antrag zugunsten der Kleinrentner, ein Antrag auf Schonung der Verbraucher bei der Steuererhebung, ferner ein Antrag auf Unterstützung der von den Polen vertriebenen Deutschen und eine Entschlüsse auf Schutz der deutschen Kultur gegen die Bedrohung durch Fremde angenommen.

Darauf schloß Abg. Biedes den Parteitag, an dem 882 Delegierte, 35 Pressevertreter und 550 Gäste teilgenommen hatten.

Sächsische Angelegenheiten.

Ankauf von Gold für das Reich.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Dezember d. J. zum Preise von 720 M. für ein Zwanzigmarsstück, 360 M. für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

* Zum amerikanischen Generalkonjunktur für Sachsen ist der Amerikaner Louis Trejus, der seinen Sitz in Dresden hat, ernannt worden. Die Befähigung seitens der sächsischen Regierung steht unmittelbar bevor.

Tageschronik.

Berlin, 3. Dezember. Ein großer Einbruch ist im Zentrum der Stadt verübt worden. Die Täter haben einen großen Posten fertiger Pelzkonfektion und Pelzstoffe (darunter amerikanische Opusum, australische, virginische und Sealotter, Blau, Weiß und Silberfärbige, Glanz, Nutzfelle usw.) sowie einen großen Posten Seidenstoffe erbeutet. Der Gesamtwert des gestohlenen Gutes beläuft sich auf 600 000 M.

Berlin, 2. Dezember. In der Straßsache gegen die Wachtmeister Krenn und Meyer wegen Ermordung des Oberwachtmeisters Buchholz haben die Geschworenen ihren Wahspruch auf Nichtschuldig abgegeben. Die Angeklagten sind freigesprochen worden.

Hamburg, 3. Dezember. Auf der Braunkohlengrube der Gewerkschaft Leonhardt vom Wickelkondern ist ein Dampfessel explodiert. Zwei Arbeiter sind lebensgefährlich und fünf schwer verletzt worden.

Hamburg, 3. Dezember. Gestern vormittag brach in der Lokomotivhalle der Vulkanwerkstatt Feuer aus, das sich schnell ausbreitete. Von sechs Lokomotiven konnten nur zwei fast beschädigt ins Freie gebracht werden. Die übrigen ein Haub der Flammen ge worden. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Hamburg, 3. Dezember. Eine Schmuggleraffäre, in die weite Kreise verwickelt sind, erregt hier großes Aufsehen. Zwei bewährte Postschaffner, welche die bereits verzögerten, fürs Ausland bestimmten Pakete zum Freihafen zu bringen hatten, haben seit längerer Zeit ihren von Kaufleuten und anderen Personen übergebenen

Naumann
Seidel & Naumann
Breslau

Antismugglergesellschaft vom. SEIDEL & NAUMANN BRESLAU 4300

loftbare Schmugglerware in größeren Rollen unbeanstandet durch die streng abgeschlossene Zollgrenze nach dem Zollland geschafft. Sie konnten auf feischer Tat überrascht und sofort verhaftet werden. Eine Hausdurchsuchung hat eine ansehnliche Menge dieser Schmugglerware zutage gefördert. Eine Anzahl Beteiligten befindet sich ebenfalls in Haft.

Wm, 3. Dezember. Auf der Betriebsstätte Neu-Alt der Munitionserzeugungsgesellschaft Burg explodierten gestern 250 10,5 cm-Grenaten. Es ist großer Material- und Gebäudeschaden entstanden sowie ein Arbeiter schwer verletzt worden.

Sport.

Wintersport. Dresden, 3. Dezember. Wettermeldungen der sächsischen Wintersportplätze. Mitgeteilt vom Dresdner Verkehrsverein am 3. Dezember 1921.

Ort	Höhenlage	W. mittl.	Schnee-höhe cm	Sportver-hältnisse	Schnee-decke m
Kunnersberg	602	- 2	—	kein Sport möglich	—
Augustus-burg	505	- 3	—	—	—
Weißing-Altendorf	600	- 5	bis 10	gut un-mög-lich	—
Johann-georgsht. Ripsdorf	800	- 2	bis 10	un-günst-lich	bis 900
Wiesenthal	594	- 10	—	—	—
Döhlen	912	- 8	100	—	—
Reipen-bau	530	- 9	—	—	bis 600
Schönb-auer	778	- 9	bis 10	un-günst-lich	—
Witzsch	768	- 7	—	—	—
Witzsch	248	- 4	—	mög-lich	—

Volkswirtschaftliche.

Der Wagenmangel im Lausitzer Braunkohlenrevier. Das sächsische Braunkohlenrevier in Berlin teilt mit, daß der Wagenmangel im Lausitzer Braunkohlenrevier immer schlimmer werde. Die Lagerbestände an Dreifüßern nehmen bereits einen Umfang an, der zu weiteren Erzeugungseinsparungen führen müsse. Dabei würden die Anforderungen für den Bedarf der Industrie und des Hausbrandes von Tag zu Tag dringlicher. Schwere Schäden seien zu erwarten, wenn nicht sofort eine wesentliche Verbesserung der Wagenstellung erreicht werde.

* Neue Aktiengesellschaft. Die Dresdener Firma C. Stephan, Chemisch-pharmazeutische Werke und Verbandstoff-Fabrik, Dresden, ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 200 000 M. umgewandelt worden. Infolge harter Ausbreitung des Unternehmens und zum Zwecke der Fortbeibehaltung von Interessengemeinschaften ist bereits für die nächste Zeit eine Kapitalerhöhung in Aussicht genommen.

München, 2. Dezember. Die Verwaltung der Bayerischen Handelsbank in München hat beschlossen, eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 44 1/2 auf 50 Mill. M. vorzunehmen. Die neuen Aktien sollen zum Kurse von 200 % von der Bayerischen Vereinsbank übernommen werden und vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt sein.

Berlin, 3. Dezember. Zeitungsverkäufe.

Zeitung	3. 12. 1921	3. 12. 1921	3. 12. 1921
	Stück	Stück	Stück
Post-Zeitung	7817.15	7832.00	7242.75
Volks-Zeitung	4200.00	4200.00	3875.00
Stimmen	5115.15	5115.15	4877.10
Post-Zeitung	3136.00	3142.15	2972.95
Stimmen	394.00	395.40	308.00
Stimmen	—	—	4104.10
Stimmen	7.00	7.72	6.77
Stimmen	242.75	244.25	214.75
Stimmen	31.40	31.54	29.97
Stimmen	—	—	207.00
Stimmen	2542.45	1546.55	1451.65
Stimmen	944.00	945.90	889.10
Stimmen	871.61	873.4	825.08
Stimmen	217.52	217.97	214.21
Stimmen	1024.95	1026.00	1538.48
Stimmen	70.15	71.36	68.40

Büro-Ausrüstungen.

A. Weißsloh
Zingenderstraße 2 b
I. Stock

Neuheit:
Verleihung von Lastkraftwagen
ohne Fahrer auf längere Zeit unter besonders günstigen Bedingungen. Im Bedarfsfalle sofortige kostenlose Stellung eines Ersatzwagens. Übernahme jeglichen Risikos. Fachkundige Unterstützung des Leihers im Betriebe.

Kraftverkehrsgesellschaft
„Freistaat Sachsen“ m. b. H.
Dresden-A., Bismarckplatz 2, Tel. 15008 und 18042
Betriebsleitungen: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Bautzen.

Außerdem:
Vermietung von Lastkraftwagen
mit Fahrer auf kürzere Zeit.
Übernahme aller Transporte - Baumaterialien, Kohlen, Gemüse, Obst, Kartoffeln - zum Zentnerpreis. 6074

Ämtlicher Teil.

Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Table with 5 columns: Name des Unternehmers, Sitz, Zweck, Bezirk und Zeit, Genehmigungsbehörde. Lists various collection and distribution permits across different districts like Dresden, Leipzig, and Chemnitz.

Die Vergütungen der Schäger in Viehschere...

Die Schäger erhalten a) für die Schägung eines Tieres je 15 M., b) bei gleichzeitiger Schägung mehrerer Tiere...

Die auf die beamteten Tierärzte entfallenden Schägungsvergütungen sind zur Staatskasse zu vereinnahmen...

Die Konsularische Zuständigkeit der sächsischen konsularischen Vertretungen in Sachsen ist wie folgt abgegrenzt worden:

Konsulat in Dresden: Freistaat Sachsen mit Ausnahme von Leipzig, Bismarckplatz in Leipzig; Leipzig.

Auf Blatt 307 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Einar Veier in Waldhütchen betz., ist heute eingetragen worden, daß dem Kaufmann...

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 101, die Firma Goldiger Zeigwarenfabrik...

2. auf Blatt 34, die Firma G. Z. Schlobach in Golzig betz., daß 1 Kommanditist durch Tod ausgeschieden ist.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 10547, betz. die Gesellschaft...

2. auf Blatt 1846, betz. die Firma Carl Zentmann & Co. in Dresden; Prokura ist erteilt an...

3. auf Blatt 15749, betz. die Firma Conrad Walter Wehler in Dresden; Die Prokura des Kaufmanns...

4. auf Blatt 16796; Die offene Handelsgesellschaft Gebrüder Schwarz in Dresden...

5. auf Blatt 8821, betz. die offene Handelsgesellschaft Trebbner Wäschemannufaktur...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf dem für die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt...

b) auf Blatt 539; Die Firma Mineralöl-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Burgl. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Oktober 1921...

c) auf Blatt 160; Die Firma Bank für Handel und Industrie Zweigstelle Jena in Jena - Zweigniederlassung der im Handelsregister des Amtsgerichts...

Die Firma Carl Zentmann & Co. in Dresden; Prokura ist erteilt an Marie Johanne Lege Nothrod in Dresden;

Schokolade Deutschemeister Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden. Wirklich hervorragende Qualität. Vorrätig in den meisten Spezial-, Delikatessen-, Kolonialwaren-Geschäften u. Konditoreien.

Der Einsiedler vom Schredhorn.

Die Meinung der Welt da unten gilt mir nichts. Ein Wort, das sich leicht ausdrückt, aber nach dem sich da unten schwer leben läßt. Ich würde nie davor erschrecken, dieses Wort auch zu vertreten.

Dabei strich er sich mit der Rechten noch einigemal über die hohe Stirne und das blondhaar. Rita sahnte dabei, daß er nicht gestört sein wollte, daß er jetzt in einem Kampf mit sich selbst war.

„So bedingungslos behaupten Sie das?“ „Ja.“ „Warum?“ „Ja, warum...“ Ganz langsam wiederholte dies Rita. Ja, warum? Darauf wußte sie keine Antwort und konnte die einzige nur mögliche Antwort auch nicht geben.

Obst so sicher ging, der an den schroffen Wänden ohne zu zittern hing, der über die gefahrvollen Schlünde und Gletscherhänge, die den tödlichen Tobbergen, ohne Bangen schritt, begann zu wanken und zu zittern.

zu veräußern. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zweihundert Millionen Mark. Es sind bestellt worden: 1. zu Vorstandsmitgliedern: Georg von Simon, Jean Andrae, Siegmund Bodenheimer, Paul Bernhardt, Dr. Karl Behelm-Schwartzbach, Dr. Arthur Hofin, sämtlich in Berlin, 2. zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern: Robert Gutmann, Paul Voelke, Dr. Otto Fischer, Gustav Kollmann, Ernst Sander, Edmund Wolfson, Georg Wolfson, sämtlich in Berlin. Die Gesellschaft wird vertreten gemeinschaftlich von zwei Mitgliedern des Vorstandes oder von einem Mitgliede des Vorstandes und einem Prokuristen. Die Zeichnungsberechtigung der Mitglieder des Vorstandes gilt auch für deren Stellvertreter. — Es wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus drei oder mehr Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat bestellt werden. Der Aufsichtsrat kann ferner auch stellvertretende Mitglieder des Vorstandes ernennen. Die Beratung der Generalversammlungen erfolgt durch einmalige Veröffentlichung in dem Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. Die Aktien lauten auf den Inhaber. **Amtsgericht Freiberg, 26. November 1921. 7501**

Auf Blatt 407 des Handelsregisters ist eingetragen worden: Die Firma **Emil Friedel** in Steinböden. Der Fabrikant **Kuno Emil Friedel** ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Harmonikas und Musikinstrumenten aller Art. **Amtsgericht Riesa, den 25. Nov. 1921. 7483**

Folgende im Grundbuche auf den Namen der **Anna Rosalie verw. Reumeyer geb. Liebert**, jetzt verheiratet, Schreiber in Leipzig und deren Nachbarn eingetragene Grundstücke sollen zur Aufhebung der Erbengemeinschaft

Erwählend, am 28. Januar 1922,
an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8 II, Zimmer 127, **versteigert werden.**

1. Blatt 3856 für **Alt-Leipzig**, nach dem Flurbuch 10,3 Nr. 103, mit 3031,40 Streueinheiten belastet, auf 213 900 M. geschätzt (Termin vormittags 10,10 Uhr). Es wird aus dem Flurbuch 20909 gebildet, liegt in **Leipzig, Fregestraße 26**, besteht aus Wohnhaus, Pädagogengebäude mit zwei Anbauten, Wohnhaus und Garten und ist zur Brandstätte unter 1419 P. 6 Nr. B mit 105 300 M. eingeschätzt.

2. Blatt 1381 für **Leipzig-Gohlis**, nach dem Flurbuch 5,8 Nr. 103, mit 2135,00 Streueinheiten belastet, auf 162 500 M. geschätzt (Termin vormittags 10,10 Uhr). Es wird aus dem Flurbuch 312h gebildet, liegt in **Leipzig-Gohlis, Straßburger Straße 2, Ecke Pariser Straße**, besteht aus einem Wohnhaus und Schuppen und ist zur Brandstätte unter 161 J. Nr. B mit 83 200 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchs sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Weghe auf Versteigerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 18. November bezw. 28. Oktober 1921 verlautbarten Versteigerungsvermerke aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Mächtigere widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Weghe bei der Versteigerung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Mächtigsten und den übrigen Rechten nachgegeben werden werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens beantragen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verzeigerten Gegenstandes tritt. **Amtsgericht, Abt. II A 2, Leipzig, 1. Dez. 1921. 7480**

Auf Blatt 20673 des Handelsregisters ist heute die Firma **Eisenhandels-Gesellschaft, Leipzig**, mit beschränkter Haftung in Leipzig, eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. November 1921 abgeschlossen und am 21. November 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Eisen und Eisenwaren aller Art sowie mit ähnlichen Artikeln und der Absatz aller Geschäfte, die mit dem Geschäftsbetrieb unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen mittelbar oder unmittelbar zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen, sowie an anderen Orten Zweigniederlassungen zu errichten. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder durch zwei Prokuristen vertreten. Den Geschäftsführern stehen selbstvertretende Geschäftsführer gleich. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor **Philipp Reusch** in Berlin. Zum stellvertretenden Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **August Krummer** in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. **Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 1. Dezember 1921. 7481**

Auf Blatt 20672 des Handelsregisters ist heute die Firma **Deutsche Zäpfel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig (Lindenau, Uhlenstraße 4b) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. November 1921 abgeschlossen worden. Gegen-

stand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von **Zäpfeln, Zäpfel-Schmelzbestern** und verwandten Gegenständen, speziell aber die Herstellung und der Vertrieb des geschäftlich gefertigten **Schmelzbesters**. Das Stammkapital beträgt fünf hundert Mark. Zum Geschäftsführer ist der Regeldauer **Friedrich Hugo Fischer** in Leipzig bestellt.

Weiter wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer **Friedrich Hugo Fischer** in Leipzig bringt in Ausführung auf seine Stammeinlage in die Gesellschaft folgende Sachrechte ein: Gebrauchsmuster 786109, Warenzeichen **Tablifer** 262084, Gebrauchsmuster 777392, 750107, die alle beim Patentamt Berlin unter den angeführten Nummern geschützt sind. Der Wert dieser Sachrechte ist auf 20 000 M. festgesetzt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. **Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 1. Dez. 1921. 7490**

Auf Blatt 20574 des Handelsregisters ist heute die Firma **Auton-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Oktober 1921 abgeschlossen und am 23. November 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von **Rapsen** jeder Art, ferner die Fabrikation aller Arten **L, die aus Horn, Kunsthorn oder Celluloid hergestellt werden können**, und der Handel damit. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen Unternehmungen beteiligen. Das Stammkapital beträgt einhundertsechzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen gemeinschaftlich zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Solange der Verlagsbuchhändler **Oskar Josef Bauer** in Leipzig zum Geschäftsführer bestellt ist, hat er das Recht der Einzelvertretung. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Verlagsbuchhändler **Oskar Josef Bauer** in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Geschäftsführer, Verlagsbuchhändler **Oskar Josef Bauer** in Leipzig und **Stammmeister Josef Reife** in München, bringen in die Gesellschaft die ihnen gehörigen, in der Anlage zum Gesellschaftsvertrage aufgeführten Maschinen, Einrichtungen, Materialien, Werkzeuge usw. als Sacheinlage zugleich für den Geschäftsführer, Kaufmann **Heinrich Kolbe** in Grotzschlag, in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Sacheinlage beträgt 110 000 M. Hiervon entfallen auf Bauer und Reife je 53 000 M. und auf Kolbe 4000 M. Damit sind ihre Stammeinlagen voll gedeckt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. **Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 1. Dez. 1921. 7489**

Auf Blatt 20575 des Handelsregisters ist heute die Firma **Scalelectric-Röntgen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig (Rühl 45) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. November 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist das **Zurichten und Prüfen von Röntgen- und Röntgenröhren**, der Handel mit solchen und Kommissionen darin. Das Stammkapital beträgt hunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Chim Schapiro** in Leipzig.

Auf Blatt 13 des Genossenschaftsregisters, betr. die Firma **Verreinigte Tischlermeister Leipzigs, Werkstätten für Wohnungseinrichtungen und Innenausbau**, eingetragen **Genossenschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig, ist heute eingetragen worden: Das Statut ist in den §§ 26 und 28 abgeändert. Abschrift des Beschlusses Bl. 61 der Registerakten. Die Summe eines jeden Genossen beträgt achtzigtausend Mark. **Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 1. Dez. 1921. 7491**

In das Handelsregister ist eingetragen worden: a) am 26. November 1921 auf Blatt 238, betr. die **Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Zweigstelle Marienberg**; Die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark je Aktie, mit hin auf zweihundertzwanzig Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 15. Oktober 1921 im § 4 abgeändert worden.

Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der **Banddirektor Kurt Wunderlich** in Leipzig. Die neuen Aktien werden zu 175 % ausgegeben; b) am 30. November 1921 auf Blatt 209, betr. die Firma **Marienberg-Nejaplatenfabrik, Aktiengesellschaft** in Marienberg; Die am 10. Dezember 1920 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt.

Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 107 % ausgegeben. § 28 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 7. Oktober 1921 laut Rotariatsprotokolls vom demselben Tage abgeändert worden. **Amtsgericht Marienberg.**

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 26. November 1921:

1. auf Blatt 159, betr. die Firma **Wag Otto & Co.** in Markneukirchen, daß die **Prokura** des Kaufmanns **Wag Otto** erloschen ist und die Beschränkung der **Prokura** des Kaufmanns **Reichelt** als **Gesamtprokura** wegfällt;

2. auf Blatt 342, betr. die Firma **Reichel & Rehder** in Markneukirchen, daß der **Regeldauer Hermann Robert Reichel** in Markneukirchen aus-

geschieden und die Gesellschaft dadurch aufgelöst worden ist, und daß der Kaufmann **Paul Rosob Rehder** in Markneukirchen das **Handelsregister** unter der bisherigen Firma allein weiterführt; am 28. November 1921;

3. auf Blatt 316, betr. die Firma **Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Filiale Markneukirchen** in Markneukirchen, Zweigniederlassung der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt in Leipzig; Die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark je Aktie, mit hin auf zweihundertzwanzig Millionen Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 15. Oktober 1921 im § 4 abgeändert worden. Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der **Banddirektor Kurt Wunderlich** in Leipzig;

4. auf Blatt 346, betr. die Firma **Deuma-Conceru Aktiengesellschaft (Deutsches Musikhaus)** Zweigniederlassung Markneukirchen in Markneukirchen; Die **Prokura** des **Friedrich Ludwig** ist erloschen;

5. auf Blatt 356, betr. die Firma **Jul. Feinr. Zimmermann, Markneukirchen, Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in Markneukirchen, daß der Geschäftsführer **Kommerzienrat Julius Feinrich Zimmermann** in Berlin ausgeschieden ist;

6. auf Blatt 360 d. e. Firma **Hans Bauer & Co.** in Markneukirchen. Gesellschaft (sind a) der Kaufmann **Hans Bauer** in Markneukirchen, b) der Kaufmann **Hans Krüger** in Ebersdorf in **Prokura**. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1921 erloschen worden. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Musikinstrumenten aller Art.) **Amtsgericht Markneukirchen. 7494**

Heute ist eingetragen worden im Handelsregister A auf dem die Firma **Ernst Rüdch** in Wittweida betreffende Blatte 343, daß der Kaufmann **Richard Curt Emrich** in Wittweida nicht mehr Inhaber und **Anna Ida verw. Kaufmann Emrich geb. Fegold** in Wittweida Inhaberin ist.

Weiter ist das Erlöschen der Firma eingetragen worden auf dem die Firma **Max Bömer** in Wittweida betreffende Blatte 172, auf dem die Firma **Schönhans Wittweida, Richard Lindner** in Wittweida a. betr. Blatte 359 und auf dem die Firma **Hermann Bödiger** in Wittweida betreffende Blatte 381. **Amtsgericht Wittweida, 1. Dezember 1921. 7495**

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte Nr. 3920 die Firma **Auto-Von-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit dem Sitze in Plauen i. S. und weiter folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Oktober 1921 abgeschlossen worden; der Gegenstand des Unternehmens ist der **Erwerb und die Fortführung** der von dem Ingenieur **Franz Max Paul Zimmermann** in Plauen unter dem Namen **Auto-Von** betriebenen **Autoreparatur-Anstalt**, die Fabrikation des **Auto-Von** nach einer Neukonstruktion des Herrn Zimmermann und der **Vertrieb** technischer und **auto-technischer Produkte**; die Gesellschaft ist auch befugt, gleiche oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen, deren Vertretung zu übernehmen und Verkaufsstellen zu errichten; das Stammkapital beträgt vierundzwanzigtausend Mark; zum Geschäftsführer ist der Ingenieur **Franz Max Paul Zimmermann** in Plauen i. S. bestellt; die Zeichnung der Firma erfolgt in der Weise, daß, wenn ein Geschäftsführer bestellt ist, dieser, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist oder zwei Prokuristen der Gesellschaften oder auf mechanischem Wege hergestellten Firma der Gesellschaft ihre **Namensunterschrift** beifügen. Ferner wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den **Boztändischen Anzeiger** und **Tageblatt**;

b) auf dem Blatte der Firma **Plauener Bank, Aktiengesellschaft** in Plauen Nr. 1715: 1. Die Generalversammlung vom 21. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zehn Millionen Mark, in zehntausend auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark je Aktie, mit hin auf zwanzig Millionen Mark beschlossen; diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1901 ist dementsprechend im § 3 durch Beschluß derselben Generalversammlung abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben, daß die Aktien zum Kurse von 130 % ausgegeben werden. 2. Die **Prokuren** der **Bandvollmächtigten Louis Daniel Wilhelm Heidemann** und **Erhard Walter Scheller** sind erloschen;

c) auf dem Blatte der Firma **Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden** in Plauen, Zweigniederlassung der in Dresden unter der Firma **Sächsische Bank zu Dresden** bestehenden Aktiengesellschaft, Nr. 1099: Der **stellvertretende Direktor Kurt Bernhardt** ist ausgeschieden; die **Prokura** des **Johannes Paul Wolf** ist erloschen; **Prokura** ist erteilt den **Bandbeamten Max Hagerland, Willy Wehrich**, beide in Dresden, **Carl Krause, Kurt Wächter**, beide in Chemnitz, **Paul Wegig** in Leipzig und **Walter Wilsch** in Plauen i. S. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur mit einem **Sorhandenmitglied**, einem **stellvertretenden Direktor** oder einem anderen **Prokuristen** vertreten; d) auf Blatt 3764: Die Firma **Allgemeine Deutsche Vermittlungs-Zentrale Heilmann & Co.** in Plauen ist erloschen;

e) auf dem Blatte der Firma **Josef Bauer** in Plauen i. S., Nr. 3047: Der Kaufmann **Wilhelm**

Friedrich in Plauen ist in das **Handelsregister** eingetragen; die Gesellschaft hat am 1. August 1921 begonnen;

f) auf Blatt 3921 die Firma **Hofmann & Faust** in Plauen und weiter, daß die **Kaufleute Otto Richard Hofmann** in Plauen und **Kuno Walter Faust** in Rübzig die **Gesellschafter** sind und die Gesellschaft am 1. Oktober 1920 begonnen hat;

g) auf dem Blatte der Firma **Schönhans Germania** **Hat Weichler** in Plauen, Nr. 3099: Dem Kaufmann **Kuno Albin Oberst** in Plauen ist **Prokura** erteilt;

h) auf dem Blatte der Firma **Boztändische Bank Abteilung der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt** in Plauen, Zweigniederlassung der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt in Leipzig, Nr. 3405: Zum **Mitgliede** des Vorstandes ist bestellt der **Banddirektor Kurt Wunderlich** in Leipzig; die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark je Aktie, mit hin auf zweihundertzwanzig Millionen Mark, beschlossen; die Erhöhung ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 15. Oktober 1921 im § 4 abgeändert worden. Weiter wird noch bekanntgegeben: Die Aktien lauten auf den Inhaber; sie werden zum Kurse von 175 % ausgegeben. Angegebener Geschäftszweig zu 1: **Spigenfabrikation.** **Amtsgericht Plauen, 2. Dez. 1921. 7496**

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 361, die Firma **Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Filiale Geringwalde** in Geringwalde betr.,

2. auf Blatt 362, die Firma **Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Filiale Rochlitz** in Rochlitz betr.;

Die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark je Aktie, mit hin auf zweihundertzwanzig Millionen Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 15. Oktober 1921 im § 4 abgeändert worden. 7497

Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der **Banddirektor Kurt Wunderlich** in Leipzig. **Rochlitz, 28. Nov. 1921. Das Amtsgericht.**

Auf Blatt 365 des Handelsregisters ist heute die Firma **Josef Bayer, Inhaber Feodor Bayer** in Scheibenberg und als ihr Inhaber der Kaufmann **Paul Feodor Bayer** in Scheibenberg eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit **Öl- und Fischwaren.** **Amtsgericht Scheibenberg, 30. Nov. 1921. 7498**

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 442 die Firma **Willy Schleginger** in Schneberg und als deren Inhaber der Kaufmann **Emil Willy Schleginger** in Schneberg;

2. auf Blatt 150 das Erlöschen der Firma **Carl Springer** in Schneberg;

3. auf Blatt 177 das Erlöschen der Firma **Emil Böhm** in Schneberg; 7499

4. auf Blatt 294, die Firma **Anna Hehl** in Oberjena betr.: Die **Prokura** des **Kaufmanns Friedrich Ernst Hehl** ist infolge seines Todes erloschen. **Amtsgericht Schneberg, 28. November 1921. 7498**

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden:

am 30. November 1921:

auf Blatt 1495, betr. die Firma **Sogler & Hints** in Jittau: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der **Liquidator** **Johannes Höpfer** in Jittau ist zum **Liquidator** bestellt;

am 1. Dezember 1921:

1. auf Blatt 177, betr. die **Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden** in Jittau: Der **stellvertretende Direktor Kurt Bernhardt** ist ausgeschieden. Die **Prokura** des **Johannes Paul Wolf** ist erloschen. **Prokura** ist erteilt den **Bandbeamten a) Max Hagerland, b) Willy Wehrich**, beide in Dresden, c) **Carl Krause**, d) **Kurt Wächter**, beide in Chemnitz, e) **Paul Wegig** in Leipzig und f) **Walter Wilsch** in Plauen. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur mit einem **Sorhandenmitglied**, einem **stellvertretenden Direktor** oder einem anderen **Prokuristen** vertreten;

2. auf Blatt 247, betr. die Firma **Werkstätte Wehnerl H. G.** in Jittau: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 1. Oktober 1921 ist laut **notarieller Niederschrift** vom gleichen Tage der § 26 des **Gesellschaftsvertrages** abgeändert worden;

3. auf Blatt 468, betr. die Firma **Clemens Vorhardt**, Inhaber **Kurt Würsch** in Jittau: Die Firma ist erloschen;

4. auf Blatt 885, betr. die Firma **Oberlandspitz Bank, Abteilung der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt**, in Jittau: Die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals unter **Abänderung** des § 4 des **Gesellschaftsvertrages** vom 20. Dezember 1899 um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark, die zum Kurse von 175 % ausgegeben werden sollen, beschlossen, mit hin auf zweihundertzwanzig Millionen Mark, beschlossen. Diese Erhöhung ist erfolgt. Der **Banddirektor Kurt Wunderlich** in Leipzig ist zum **Mitgliede** des Vorstandes bestellt. **Amtsgericht Jittau, 1. Dez. 1921. [7502**

Aus dem Reichstage.

Berlin, 3. Dezember. Im Reichstagsauschuß für **Verbrauchssteuer** wurde gestern der **Gesetzentwurf** zur **Abänderung** des **Zuckersteuergesetzes** weiter verhandelt. Die **Rechtssozialisten** brachten einen Antrag ein, daß die **Zuckersteuer** von 100 kg **Reinzwerg** nur 50 M. betragen soll, d. h. die Hälfte der von der **Regierung** verlangten Steuer. Dieser Antrag wurde **angenommen**.

Lohnbewegung.

* Neue **Gehälter** im **Tiefbau** sind durch **Schiedsgericht** unter dem **unparteiischen Vorsitzenden** festgelegt und zum **Preis** von 1 M. in der **Gesellschaftsbesitz** des **Gewerkschaftsbundes** der **Angestellten**, in der **Kreuzkirche 3, II**, zu haben.

Dresden, 3. Dezember. Der **Gewerkschaftsbund** der **Angestellten** schreibt uns: Auf Grund des **Antrages** der drei **Spitzenorganisationen** an den **Arbeitgeberverband** der **Deutschen Buchhändler, Kreisgruppe Dresden**, sind **nummehr** auf die **bestehenden Gehaltszüge** folgende **Teuerungszulagen** abgepflichtet worden. Auf **Gruppe IV 75 M., Gruppe III 100 M., Gruppe II 125 M., Gruppe I 150 M.** Diese Zulagen werden **bereits** auf die **Novemberegehälter** gezahlt. **Neue Nachträge** zum **Tarifvertrag** sind beim **Gewerkschaftsbund** der **Angestellten**, in der **Kreuzkirche 3, II**, zu haben.

Leipzig, 3. Dezember. Nachdem die **großen** **Kassenverbände** den **Schiedsgericht** über die **den** **Arzten** zu **gewährenden Teuerungszulagen** vom **31. Oktober 1921** abgelehnt hatten, **haben** **zwischen** den **beiden Parteien** neue **Verhandlungen** im **Reichsarbeitsministerium** zu **Berlin** stattgefunden.

Sie **endigten** ebenfalls mit einem **Schiedsgericht**, dessen **Annahme** die **Vertreter** der **Arzte** für **ausgeschlossen** erklärt haben mit der **Begründung**, daß **er** **sich** **zu** **weitgehend** dem **Standpunkte** der **Kassenverbände** **anschließen**.

Chemnitz, 3. Dezember. Eine **Vertrauensmännerversammlung** hat folgende **Forderungen** von dem **Chemnitzer Metallarbeiter** **ausgestellt**: 1. **Auszahlung** einer **Wirtschaftsbeihilfe** von **1500 M.** für **Beitragende**, für **ledige** die **Waise**. 2. **Erhöhung** der **Stundenlöhne** um **6 M.** 3. **Sozialer Zuschlag** für **Beitragende** von **50 M.** und **25 M.** für **jedes** **Kind** **wöchentlich**. **Nach** **dem** **jetzt** **ausgeführten** **Schritt** **würde** **ein** **Metallarbeiter** **in** **der** **höchsten** **Lohnklasse** **15 M.** in **der** **Stunde** **verdienen**.

Hohenstein-Ernstthal, 2. Dezember. In **Hohenstein-Ernstthal** sind die **Handwerker (Heimarbeiter)** in eine **Lohnbewegung** einge-

treten. Den **Anlaß** hierzu gibt, wie aus **Arbeitsnehmerkreisen** **geschrieben** wird, die **fortschreitende** **Teuerung** **aller** **Lebens- und Bedarfsartikel**. **Auch** **sind** **die** **Handwerker** **bei** **der** **letzten** **Lohnerhöhung** **ab** **1. November** **leer** **ausgegangen**, da die **Entlohnung** **des** **Deutschen** **Textilarbeiterverbandes** **den** **bestehenden** **Handwerkerlöhnen** **für** **Hohenstein-Ernstthal** **und** **Dachau** **nicht** **rechtzeitig** **gefolgt** **hatte**. In **den** **letzten** **Tagen** **finden** **hier** **an** **zwei** **Handwerker** **versammlungen** **statt**, in **denen** **scharfe** **Kritik** **geübt** **wurde** **an** **den** **verhältnismäßig** **niedrigen** **Löhnen** **in** **der** **Handwerkerlöhne**. **Auch** **wurde** **eine** **Kommission** **gewählt**, die **sofort** **mit** **dem** **Arbeitsnehmer** **in** **Unterhandlungen** **treten** **soll**. **Einzelne** **Handwerker** **haben** **bereits** **vor** **kurzem** **den** **Arbeitsgebern** **je** **Zahle** **etwa** **30 Pf.** **erhöht**, was **etwa** **25 Proz.** **ausmacht**.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 3. Dezember.

Sehen Sie das neue Fernsprechbuch ein und besichtigen Sie Ihre eigenen Verzeichnisse. Das neue Buch enthält über 10 000 Nummern- und sonstige Änderungen, besonders für die Gebirgsgebiete.

Nach der Bekanntmachung des Rates über die Ausnahmetage vom Weihnachtserwerb vom 10. November 1921 können die offenen Verkaufsstellen vor dem 1. Weihnachtstfesttag an Wochentagen bis 9 Uhr abends offen halten und zwar für den Handel im allgemeinen vom 9. bis mit 24. Dezember, für den Handel mit Blumen vom 21. bis mit 24. Dezember, für den Fischhandel vom 12. bis mit 24. Dezember und für den Handel mit Wein und Spirituosen vom 9. bis mit 24. Dezember.

Sonntag, den 11. und 18. Dezember, können die Geschäfte für den allgemeinen Handel in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags offengehalten werden. Für den Handel mit Material- und Zufuhrwaren, Milch, frischem Obst und Rohreis ist das Offengehalten der Geschäfte von 1/2 Uhr bis 1/2 Uhr früh und von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet.

Der Gemeindevorstand Dresden und Umgebung hat die Brot- und Mehlpreise abermals erhöht. Es kostet hiernach das 1900 Gramm-Schwarzbrot vom 4. Dezember ab 7,45 M. (bisher 6,95 M.), 3 Pfd. 5,90 M. (bisher 5,50 M.), 2 Pfd. 3,95 M. (bisher 3,65 M.), 1 Pfd. 2,45 M. (bisher 2,35 M.). Der Preis für das Weizenkleingebäck und das Weizenbrot ist ebenfalls entsprechend erhöht worden. Der Kleingehaltspreis für Mehl bleibt unverändert. Die ab 4. Dezember geltende Erhöhung der Brotpreise ist nötig geworden, um den brotverarbeitenden Betrieben einen entsprechenden Ausgleich für die gesteigerten Löhne und die sonstigen Kosten zu verschaffen.

Der Ortsamt für Kriegerversorgung gewährt besonders bedürftigen Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten eine Sonderbeihilfe zur Beschaffung von Lebensmitteln in Geld, wahlweise auch in Mehl neben einem entsprechend gekürzten Wechselbetrag. Anträge sind auf besonderen Vordruck, die bei den Wohlfahrts-Vereinigungen oder bei den Kriegesbeschädigtenorganisationen, sowie in der Beratungsstelle des Ortsamtes für Kriegerversorgung, Dresden-N., Schillerstraße 9, II, Zimmer 4, entnommen werden können, bis zum 20. d. M. zu stellen und an das Ortsamt für Kriegerversorgung, Dresden-N., Wilsdruffer Straße 15, zu richten. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Das Ortsamt hebt besonders hervor, daß nicht sämtliche Kriegesbeschädigte oder Kriegerverwundete unterschiedlos bedacht werden können. Es muß vielmehr nach den gegebenen Richtlinien von Fall zu Fall über die Bewilligung der Beihilfe entschieden werden.

Am 28. November feierte Postinspektor Jahn vom Postamt, zurzeit beim Postamt 7, sein Jubiläum 25-jähriger Dienstzeit. Für die größere Öffentlichkeit dürfte insbesondere die Tatsache von Interesse sein, daß Hr. Inspektor Jahn an der Einrichtung und Weiterentwicklung unseres vor Jahresfrist eingerichteten Expedientes erheblichen Anteil hat.

Der Evangelische Bund will Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, in den 'Drei Raben', Marienstraße, seine monatlichen Bundesabende wieder aufnehmen. Pfarrer D. Brandmeister wird über den Reichner Dom in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sprechen.

In der Dreiwöchigen hielt in der Reihe der Berufsberatungsvorträge des Dresdener Philologenvereins Hr. Dr. Bruchholz vom Landesbureau einen Vortrag über den Beruf des Landwirts. Der Landwirt werden will, so führte der Redner aus, muß sich der Schwierigkeit und der Verantwortung des Berufs bewußt sein und vielseitige wissenschaftliche Kenntnisse haben, um nicht auf fremde Urteile angewiesen zu sein. Er muß die Bodenarten zu beurteilen verstehen, muß in Chemie, Physik, Botanik, Pflanzenphysiologie, Bakteriologie und Zoologie bewandert sein, Bewässerung, Düngung, Bodenimpfung, Fruchtfolge, Berechnung und Tierzucht kennen und in der Volkswirtschaft, Buchführung und Betriebslehre Bescheid wissen. Die Aufgabe des deutschen Landwirts ist es jetzt, die Ertragnisse des Getreidebaues und der Viehzucht zu erhöhen. Während vor dem Kriege ein Drittel des Viehbestandes aus dem Auslande eingeführt wurde, muß Deutschland jetzt vom Auslande unabhängig gemacht werden. Die der Ertrag gesteigert werden kann, wurde an mehreren Beispielen gezeigt. Weiter schloß der Redner die Ausbildung des praktischen Geschäftsmannes und des wissenschaftlichen Landwirts. Jener muß zunächst eine zweijährige Lehrzeit auf einem Gute durch und besucht außerdem eine landwirtschaftliche Schule. Er kann auch, wenn er die nötigen

Schulzeugnisse hat, auf der Hochschule studieren und dort nach sechs Semestern eine sogenannte Diplomprüfung machen, die aber zu nichts berechtigt. Will einer die große Staatsprüfung machen, so wird das Reifezeugnis einer neu-gegründeten höheren Schule, eine dreijährige Praxis und ein vierjähriges Studium verlangt. Außerdem ist eine Sonderprüfung zu bestehen, und eine ein- bis zweijährige Vorbereitungsarbeit, die ihm die Landwirtschaftskammer zuweist, zu leisten. Dann erst eröffnet sich ihm die Aussicht auf eine Anstellung im Landwirtschaftsministerium, in den Kammern, in Fachschulen, in landwirtschaftlichen Genossenschaften, in Jagdvereinen usw. Die Aussichten auf Stellen sind jetzt sehr ungünstig. In Deutschland gibt es etwa 4000 Stellen für landwirtschaftliche Beamte in öffentlichen Ämtern, aber 6000 Studenten der Landwirtschaft. Noch ungünstiger aber sind die Aussichten für Anwärter, die das Reifezeugnis einer neuartigen höheren Schule nicht haben. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse aber ist nicht ohne weiteres vom Beruf des Landwirts abzuraten; nur muß sich der junge Anwärter über die Lage der Dinge im klaren sein. Der Redner leistete seine Zuhörer vom ersten bis zum letzten Wort.

Der Restteil des alten Jellechen Weges, der von der Zwidauer Straße nach dem Güterbahnhof zwischen den Grundstücken Zwidauer Straße 52, 54 einerseits und 56, 58 andererseits hinlief, soll für den öffentlichen Verkehr einbezogen werden.

Das Presseamt des Polizeipräsidenten Dresden teilt mit: Der angeklagte Erzberger-Körper Klesien hat am Freitag eingestanden, daß er mit dem im letzten Polizeibericht erwähnten, von der Staatsanwaltschaft zum geflüchten Verbrecher identifiziert und mit dem Vorbenannten Erzberger in keiner Weise in Verbindung steht.

Die vor einigen Tagen abgehaltene Monatsversammlung des Deutschen Esperanto-Bundes e. V. Zweigverein Dresden, wurde durch die Berichte, über die immerwährenden Fortschritte der Esperantobewegung, in Deutschland und im Auslande, durch den Vorsitzenden, Hrn. Rant, eröffnet. Das Reichspostministerium hat Anordnung getroffen zur Rundfrage über esperantolinguistische Postbeamte. Weiter ist Esperanto als amtliche Telegrafensprache mit der Türkei zugelassen worden. Den Hauptvortrag des Abends bot der Finnländer, Hr. Hela aus Helsinki, über finnische Musik.

Ergebnisse der Kreiswertstätten für Schwerbeschädigte, G. m. b. H., in Dresden-N., Planitzstraße, sind gegenwärtig in den von der Firma Herm. Wählerberg, Dresden-N., dankenswerterweise überlassenen Schaufensern, Weberstraße 32, und Altmarkt 3 (Ecke Schillerstraße) zur Ansicht ausgestellt. Die Erzeugnisse lassen nach Art ihrer Ausführung die Leistungsfähigkeit der Werkstätten erkennen und zeigen, daß die Kreiswertstätten in der Herstellung von kunstgewerblichen und hauswirtschaftlichen Gegenständen den ersten Rängen dieser Art nicht nachstehen. Eine Anzahl der Erzeugnisse ist gegenwärtig für eine Warenausstellung des Frauendienstes von 1914 zur Verfügung gestellt worden, deren Reinerlös der Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegesbeschädigter und Kriegeshinterbliebener dienen soll. Die Beschäftigung der Gegenstände wird angelegentlich empfohlen. Die Lose für die am 15. Dezember 1921 stattfindende Jahrgang werden durch die Ortsgruppen des Frauendienstes — auch in den oben genannten Läden — verkauft.

Am vergangenen Donnerstag fand in den Räumen des Hauses Kaiserstraße 11 für die Kinder der Wilsdruffer Vorstadt eine kleine Abendfeier statt, veranstaltet von der Kreisstelle des Jungmännchen. Eingeleitet wurde der Abend durch ein Quartett, gespielt von den Herren Weiß, Kaden, Wähler und Becker. Hr. Sulzberger sang Kinderlieder mit Harmoniumbegleitung durch Hr. Höber. Nach Klavier- und Gesangsbeiträgen von Hr. Eva Wegner und gemeinsamen Gesang eines Weihnachtsliedes leiteten die Mädchen, von Knecht Ruprecht mit Kuchen bedacht, in froher Stimmung in ihre Wohnungen zurück.

Angelbert Wilde's Künstlerpiele in der Zentraltheater-Ziele waren am Freitag der Schauspieler einer häuslichen Feier, zu welcher der Zuschauertraum bis auf den letzten Platz besetzt war. Vor zwei Jahren ist diese intime und vornehme Kleinfestspielstätte eröffnet worden und während dieser Zeit hat es Direktor Wilde verstanden, immer so gewählte Spielpläne zusammenzustellen und den allabendlichen Vorstellungen eine so angenehme Aufmachung zu geben, daß der gute Ruf der Künstlerpiele weit über Dresden hinausdrang und daß sie sehr bald einen treuen Besucherstamm gewannen. Auch das neue Dezemberprogramm zeigt Direktor Wilde als erfahrenen Theaterdirektor; es ist ihm wieder glänzend gelungen, eine Reihe von Varietékünsten für seine Bühne zu verpflichten. Da ist es zunächst die Liebesdramatikerin Marga Petersen, die sehr geschmackvoll vorträgt, Ra-See zeigt sich in einem Musical-Act als Beherrscher aller Orchesterinstrumente und die Vortragskünstlerin Rose Hill entwickelte in ihren Darbietungen ebensoviel Virtuosität wie Temperament. Für die nötige Stimmung sorgt die Lautenspielerin Eiki Kor, der man gern zuhört, und der bekannte sächsische Humorist Paul Oebel findet auch in den Künstlerpielen ein sehr dankbares Publikum. Als die hervorragendsten Kräfte des jetzigen Programms kommen Etine Christophersen vom Deutschen Volkstheater in Wien und die Tänzerin Darmora in Petrograd. Erfreut verabschiedet bei der Wiederkehr ihrer Chanons treff-

lich zu charakterisieren und die Darbietungen der Tänzerin, namentlich der Schlangenentanz, gelobt zu dem Hohen, was man an dieser Stelle geliebt hat. Ein Besatz um am Freitag abend aber durchbraute das Haus, als Taktion Bilder auf der Bühne erschienen und, von Meister Koede am Flügel begleitet, einige seiner netten Scherzlieder in gelassenem Geiste des Dankes für die vielen schönen Stunden, die er seinen Besuchen verleiht, konnte er eine große herrliche Kranz- und Blumenpenden entgegennehmen. Die zweite Jahresfeier der Künstlerpiele erhielt noch dadurch Ausbund, daß der Vorstellung noch ein großes Orchesterkonzert folgte, dessen ersten Teil Obermusikmeister Adolf Becker-Berlin vom ehemaligen Fremden-Regiment leitete. Im zweiten Teil übernahm der Komponist Hans Kay-Bien, der Schöpfer fast aller von Direktor Wilde gelungenen Werke, die Stadtführung. Beide Dirigenten erfreuten sich lebhafter Anerkennung und es herrschte während des ganzen Abends eine festliche Stimmung im Hause.

Das neue Varieté-Programm des Victoria-Theaters wird täglich 1/2 Uhr vorgeführt; am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt und zwar nachmittags 4 Uhr und abends 1/2 Uhr.

In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember wurden über 3000 Fernsprechanrufe vom Hauptfernprechamt nach dem Fernprech-Unteramt Dresden-Süd, Weigstraße 36, umgeschaltet. Diese Fernsprechanrufe erhalten neue Rufnummern. Die Kammeränderungen sind aus dem neu ausgegebenen, vom 4. Dezember ab gültigen Fernsprechbuch zu ersehen. Die Teilnehmer im Anschlußbereich Dresden-Süd, denen neue Apparate mit Wählweise überwiesen worden sind, müssen am 4. Dezember vor Benutzung des Apparats grundsätzlich den Wählcode an der Wählweise lösen.

Am Freitag gegen 8 Uhr abends ist ein in Wilsdruff wohnender junger Mann auf dem etwa 400 m hinter dem Wälden Mann nach Wilsdruff abgewandenen Fußweg von zwei unbekannten Männern überfallen, zu Boden gemorren und seiner Brieftasche beraubt worden. Die beiden Männer konnten in der Dunkelheit nicht erkannt und nicht beschreiben werden. Der eine soll aber eine Wappstempel haben und beide von mittlerer Statur sein. Die abgegriffene schwarze Brieftasche enthielt 32 M. Bargeld, eine Berechnungstabelle für Beiträge zur Straßenbahn, sowie eine Spielregel über Vorlauf. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Landes-kriminalpolizei, Dresden, Schlegelstraße 7, III, Zimmer 210, oder die nächste Polizeistelle erbeten.

Lebendig verbrannt ist heute morgen in ihrer Wohnung Jöllnerstraße 17 im dritten Stock die 64 Jahre alte ledige Klavierlehrerin Thelme. Die Thelme bewohnte im Hause Jöllnerstraße 17 eine Halbetage, die sie zum Teil an Untervermieter vergeben hat und zum Teil für sich benutzte. Heute morgen in der 6. Stunde ist in der Wohnstube der Thelme, die mit allem Papier, Büchern usw. angefüllt war, ein Brand entstanden, der so schnell um sich griff, daß die herbeigerufene Feuerwehr nur noch von außen die Löscharbeiten in Angriff nehmen konnte. Die Thelme wurde später in ihrer Wohnstube ganz verkohlt aufgefunden. Die Untersuchungsurache dürfte darauf zurückzuführen sein, daß aus dem Ofen ein Funken auf die ringsum liegenden Papiermatten und Gasflammen entzündet ist.

Sächsisch Angelegenheiten.

Gedenket zum Fest unsrer armen Taubblinden!

Gedenken erbeten an Frau General v. Hagen und Hr. v. Becker, Dresden-Neubau, Victoriastraße 20, und an die Oberlausitzer Bank (nahe Kreuzkirche).

Offene Stellen für Lehrer.

Die Lehrstelle zu Döhlen, Koll. Oberthe Schulbehörde. Besüge nach Christl. E. Amtswohnung vorh. Fortbildungsschule u. Turnunterricht. Geh. bis zum 20. Dez. an den Bezirksschulrat für Plauen I, Krausenstr. 6.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

(N.) Nachdem der Rat beschlossen hat, daß die Regierung bei der Reichsregierung für eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eintreten möge, und nachdem das Arbeitsministerium im Sinne dieser Beschlüsse in Berlin wiederholte Anträge gestellt hat, hat jedoch der Reichsarbeitsminister den einzelnen Landesregierungen einen Bescheid zugestellt, nach dem voraussichtlich vom 5. Dezember 1921 an die bisherigen Unterstützungsätze erhöht werden sollen. Vorgelesen ist, die Familienzuschläge um etwas mehr als ein Drittel, die Hauptunterstützungsätze um etwas weniger zu erhöhen. Es werden danach beispielsweise für Erbstöße A so werden Höchstätze gelten (die eingeklammerten Zahlen sind die bisherigen, am 1. November 1921 festgelegten Höchstätze): für männliche Personen über 21 Jahre, sofern

Logo for Max Bassler Rahmen-Fabrik Dresden-A 16 Blasewitzer Str. 72. Includes text: GEGD. 1685, MAX BASSLER RAHMEN-FABRIK DRESDEN-A 16 BLASEWITZER STR. 72, BILDER-EINRAMMUNG GERÄHMTE BILDER GEMALDE-RADIERUNGEN.

7281

Sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 15.— M. (12.— M.); für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 12,50 M. (10.— M.); für männliche Personen unter 21 Jahren, 8,50 M. (7,25 M.); für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 12,50 M. (10 M.); für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 8,50 M. (7,25 M.); für weibliche Personen unter 21 Jahren 7 M. (4,75 M.). Ferner sollen als Familienzuschläge gelten für den Ehegatten 7 M. (5 M.), für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 6 M. (4,25 M.). Für die übrigen Ortsklassen B bis E gelten die entsprechenden Abufungen. Die notwendige Anweisung an die Behörden ist in den nächsten Tagen zu erwarten, jedoch voraussichtlich die erste Auszahlung der erhöhten Unterstützungen am 10. Dezember erfolgen kann. Dem vom sächsischen Arbeitsministerium beim Reichsarbeitsministerium eingereichten Anträge, der über die Unterstützungsätze hinausging, hat die Reichsregierung nicht zugestimmt.

Das Reichsarbeitsministerium in Berlin hat die Tarifänderungen zum Tarif des Landesverbandes der Sächsischen Feiler für Zylinder und freie Arbeiter für den Feilertarif Sachfen mit Wirkung vom 1. September d. J. ab unter dem 25. November für allgemein verbindlich erklärt.

Leipzig. Der Rat hat beschlossen, die Gemeinden Großschönauer-Windorf, Leuzsch, Hausdorf und Wehra mit dem 1. Januar 1922 in den Stadtbezirk einzubeziehen und dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig für den Fall des Auscheidens der vier Gemeinden am Bezirksermögen den Betrag von 6 Mill. M. aus dem Stammvermögen als einmalige Abfindungsumme zu gewähren, sowie außerdem von den Kriegsschulden des Bezirksverbandes den auf die vier Gemeinden entfallenden Anteil in Höhe von 8 979 000 M. zu übernehmen.

Schönitz. Zu kürzlichem Jubiläum kam es in der letzten Gemeinderatsitzung zu Schönitz (Bez. Chemnitz) bei der Einbringung eines sozialdemokratischen Antrages, ab 1. Januar 1922 die letzten Reste der Totenbestattung einzuführen; die Totenbestattung sollte veräußert und ungenutzt bleiben. Die bürgerlichen Vertreter vertieften schließlich die Sitzung, die dadurch beschlußfähig wurde.

Zwidau. Als erste Stadt in Sachsen hat sich die Stadt Zwidau das im Oktoberverfahren als Nebenprodukt gewonnenes Gas für die häusliche Versorgung nutzbar gemacht. Sie hat mit dem Ergeblingschen Steinölgesellschaften einen Vertrag über die Lieferung von Kerosin abgeschlossen, dessen Gasbetrieb abgelehnt. Dieses Gas wird in einer besonderen Kohlenheizung der häuslichen Gasanlage zugeführt, dort gereinigt und mit dem selber erzeugten Gas vermischt. Dadurch kann die Gasabgabe der Stadt erheblich gesteigert werden, und es braucht bei steigender Beheizung mit Kohlen keine Einschränkung des Gasverbrauches angeordnet zu werden.

Erimmitzhan. Der Gemeinderat zu Erimmitzhan hat die Einweihung dreier Rittergüter in die politische Gemeinde Erimmitzhan beschlossen. Die Einweihung gilt rückwirkend ab 1. April d. J.

Luzenau. Der Stadtgemeinderat von Luzenau hat den Entwurf eines Ortsgesetzes über die Einführung der kostenlosen Totenbestattung in der Stadt Luzenau mit einigen Änderungen angenommen und fernst beschlossen, ab 1. April 1921 eine Gewerbesteuer einzuführen.

Wobau. Die Kommengasse ist auch in den Fortteilen von Wobau überaus groß und weit bebrochener, als man bisher angenommen hat. Im Waldgebiete des Rotmans sind 2000 bis 3000 Hektar am Stamm gefunden worden. Zum Glück ist die Hektarfläche überall in geringer Stammhöhe geblieben, so daß zunächst ein Rest nicht zu befürchten ist. Die Stadt hat 35 000 M. zur Kommenerteilung bewilligt.

Reichen. Die Stadtverordneten zu Reichen haben die Einführung einer Gewerbesteuer beschlossen.

Fulda. Der Stadtrat zu Fulda hat beschlossen, die sächsischen Viehmärkte ab 1. Januar 1922 wegen zu hoher Unkosten und zu geringer Beiliegung wegzulassen zu lassen.

Birna. Der Bezirksauschuß der Amtshauptmannschaft Birna hat die Einweihung der Vereinigung der Gemeinden Hirschberg und Neudorf und über die Wahl der Gemeindevorsteher der neuen Gemeinde unter der Voraussetzung genehmigt, daß die Vereinigung beider Gemeinden am 1. Januar 1922 erfolgt.

Advertisement for M. & R. Zocher, Dresden. Text: Brauchen Sie Drucksachen? Unsere Buchdruckerei ist erstklassig eingerichtet. Mit Vorschüssen, Angeboten und Musterbüchern wir gern zu Diensten. M. & R. ZOCHER, DRESDEN, Große Plauensche Straße 21, 7480.

Kunstanzeigen.

Neuadler Schauspielhaus. Die Aufführung des Weihnachtsmärchens...

Zentraltheater. In der Mittwoch, den 7. Dezember, stattfindenden Erstaufführung...

Gemäldegalerie zum Besten des Vereins Heimatabank für die Stadt Dresden...

Romanlied-Lieder-Abend von Lisa Dattig. Veranstaltung des Sächsischen Künstlerbundes...

Schreiber (Beamtenwärter) gesucht.

Die Stelle des städtischen Fortrevierverwalters ist sofort zu besetzen...

Zum sofortigen Eintritt wird 1 Beamtenwärter gesucht. Bedingung: gute Vorbildung...

Café Hülfert Konditorei. Dresden-A., Prager Straße 48 Part. u. 1. Etage...

Dresden-A., Prager Straße 48 Part. u. 1. Etage Lese-, Spiel- und Billard-Säle.

Fahr-Praxen im Annenstr. 23/25. Großer Spezial-Unternehmen Nervöse u. Überempfindliche...

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).

Nächsten Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Palmengarten

Elsa Schiller Budapest Klavier-Abend. 7478

11. Dezember, Sonntag, 7 1/2 Uhr, Kaufmannschaft, großer Saal

Sonaten-Abend Erhard Heyde Violine Fritz Weitzmann Klavier

12. Dezember, Montag, 7 1/2 Uhr, Künstlerhaus

Einzigiger Tanz-Abend RENATE und SENTA RAPPOLDI

Am Flügel: Franz Jung.

12. Dezember, Montag, 7 1/2 Uhr, Palmengarten

RICHARD BYK Einziger Klavier-Abend.

Karten: F. Ries, Seestraße 21.

Treuhand-Bank für Sachsen Aktien-Gesellschaft

Dresden - Ringstraße 64 - nahe dem Pirnaischen Platz - Gegründet 1902

Markenfrei! Niederschles. Hüttenkoks, Dresdner Gaskoks, Grudekoks, Brennholz, feuerfertig. F. M. von Rohrscheidt G. m. b. H.

Billige Preise. COGNAC, RUM, KORN, LIKÖRE, SÜSSWEINE, ROTWEINE, WEISSWEINE. C. SPIELHAGEN

Pelzmodenhaus Höhle. Spezialatelier für feine Pelzwaren. Hermann Höhle Dresden-A. Bismarckplatz 1a

Am 2. Dezember ds. Js. verlegen wir unsere Geschäftsräume und Kassenstellen nach dem „Allianz-Haus“ Dresden-A., Prager Str. 45.

W. Samilo Enterlein Koffer- u. Lederwarenfabrik. Reisekoffer, Feine Lederwaren, Damenfaschen.

Metallbetten. Stahlmatr., Kinderbetten. Sächs. Staatszeitung. Einzige Nummer 30 Pf.

Kaufe. f. Eigenbedarf aus Privat: verfilberte Hotelbesteck, Kaffeeöffel, Speisegeschirr.

Pianoforte-Fabrik H. Ullrich. Inh. Fr. Steinheit Dresden, Nicolaistraße 2

Wasserstände der Elbe und Moldau. 2. Dez. -45 -66 fehlt -111 -85 -82 -224

Pelzwaren Carl Dreier. Wettinerstraße 38, 1. Stock. 4872

Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Erich Schubert auf Rittergut Weißdorf i. S.

Juwelier Carl Frötschner. Dresden-A. Bismarckplatz 1a. Erste Schmelzwerk 1890

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.